

# Buchbinder-Zeitung

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

**Erscheinens-Ort:**  
 Braunschweig, Vierteljahr 1.50 M.  
 ohne Postgebühren. Nur Post-  
 bezug. Bestellung bei allen Post-  
 ämtern. Geschäftsstelle Berlin S. 66,  
 Urbanstr. 63 I. Fernr.: Wp. 8653

**Einzelnenpreis:**  
 die viergespaltene Beilage 60 Pf.  
 für Verbandsmitglieder 80 Pf.  
 Stellungsangebote 60 Pf.; Veriam-  
 lungsanzeigen 10 Pf. Der An-  
 zeigepreis ist vorher zu entrichten.

Nr. 40.

Berlin, den 28. September 1919.

35. Jahrgang.

## Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. Zur Beitragsleistung für die Invalidenunterstützung sind vom 1. Oktober d. J. ab nur noch die Mitglieder der 5. Beitragsklasse zugelassen. Mitglieder der 4. Beitragsklasse, die seither die besonderen Invalidenbeiträge leisteten, müssen daher von der 40. Woche ab entweder zur 5. Klasse übertreten oder die Beitragsleistung für die Invalidenunterstützung einstellen. Im letzteren Falle würden die Mitglieder der bisher erworbenen Rechte an diesem Unterstützungsweig leider verlustig gehen.

Beim Uebertritt von der 4. zur 5. Beitragsklasse wollen die Kassierer der Zahlstellen, wie auch die betreffenden Mitglieder selber, darauf achten, daß die Umrechnung der Beiträge in richtiger Weise vorgenommen wird. Es ist in diesem Falle die Zahl der in Klasse 4 geleisteten Beiträge mit dem bisherigen Beitragsfuß von 70 Pf. zu multiplizieren und die daraus sich ergebende Summe durch den bisherigen Beitragsfuß der 5. Klasse, abzüglich des davon auf die Invalidenunterstützung entfallenden Anteils von 20 Pf., also durch 90 Pf. zu teilen. Die so gewonnene Ziffer ergibt die richtige Zahl der für die 5. Beitragsklasse anzurechnenden Beiträge. Die von Mitgliedern der 4. Klasse bisher geleisteten besonderen Beiträge für die Invalidenunterstützung kommen bei dieser Umrechnung weiter nicht mit in Betracht. Diese werden später bei Erneuerung des Mitgliedsbuches durch den Verbandsvorstand besonders festgestellt und den Mitgliedern dann im neuen Buch mit angerechnet.

Alle vorkommenden Uebertritte von einer Beitragsklasse in die andere sind stets in die im Mitgliedsbuch bzw. in der Mitgliedskarte befindlichen Rubriken genau einzutragen.

2. Mit der 40. Beitragswoche, das ist die Woche vom 28. September bis 4. Oktober, kommen neue Quittungsmarken zur Ausgabe. Es sind von da ab, auch für noch etwa vorhandene Restnoten, nur die neuen Quittungsmarken zu fassen.

An die Vertrauensleute, Unter- und Werkstübchenkassierer richten wir das dringende Ersuchen, mit den alten Marken spätestens am 1. Oktober abzurechnen und die neuen Marken in Empfang zu nehmen. Die bisher im Gebrauch befindlichen alten Beitragsmarken sind nur noch bis zum Ablauf der 39. Woche zu verwenden. Alle nach dem 1. Oktober noch am Ort vorhandenen alten Marken sind mit der Abrechnung für das 3. Quartal 1919 an die Verbandskasse einzusenden, wobei alle am Sollbestand fehlenden Marken als verkauft zu verrechnen sind.

3. Die Fertigstellung der Abrechnung vom 3. Quartal muß unmittelbar nach Quartalschluß erfolgen. Eine Rücknahme auf Restanten ist dabei zwecklos, weil die alten Marken mit dem 1. Oktober ungültig werden und

die neuen Marken erst in der Abrechnung vom 4. Quartal zur Verrechnung kommen können.

Bei der Fertigstellung der Abrechnung bitten wir dringend, beachten zu wollen, daß alle im Laufe des Quartals eingetretenen, zugereichten und vom Militär zurückgeführten Mitglieder auf der dritten Seite des Abrechnungsformulars und sofern diese nicht ausreicht, auf Beilage B aufgeführt werden müssen.

Die neuerrichteten Zahlstellen müssen bei der erstmaligen Abrechnung ausnahmslos alle Mitglieder auf der dritten Seite bzw. auf Beilage B auführen.

Sofern Beilagen B an den einzelnen Orten nicht in genügender Anzahl vorhanden sind, bitten wir solche von uns verlangen zu wollen.

Die im Handbuch gegebenen Anweisungen für die Aufstellung der Abrechnungen, eruchen wir ganz dringend, aufs sorgfältigste beachten zu wollen.

4. Neue Zahlstellen des Verbandes sind mit unserer Zustimmung in nachfolgenden Orten gegründet und werden mit dem 1. Oktober ins Leben treten:

- Gau 1/3: Köslin i. Pom. Neudamm.
- „ 11/13: Kirchheimolden.

5. Die Lokalbeiträge sind in folgenden Orten neugeregelt und in der neuen Höhe von uns genehmigt. Sie betragen für die Folge in:

	Wöchl. Mitgl. pro Woche	Mönl. Mitgl. pro Woche
Bremen	15 Pf.	30 Pf.
Glauchau	5 „	10 „
Dainichen	10 „	15 „
Stuttgart	30 Pf.	50 Pf.

6. Die Berichtskarten für das Statistische Reichsamt (gelbe Karten) sind in der abgelaufenen Woche an die Kassierer der Gauen und Zahlstellen versandt worden. Als Stichtag für die Zahlung der Arbeitslosen (Frage 3 und 4) kommt für diesen Monat der 27. September in Betracht. Die anderen Fragen (Nr. 2 und 5 bis 8) beziehen sich auf das ganze abgelaufene Vierteljahr, die Ausfüllung der Karte kann daher erst nach dem 1. Oktober, wenn für das ganze dritte Vierteljahr die Zahl der Arbeitslosenfälle sowie die Summen der im ganzen Vierteljahr verausgabten Beträge für Arbeitslosen- und Gemäßregelungenunterstützung (einschließlich der Lokalunterstützung) festgestellt sind, erfolgen.

Für die richtige Beantwortung der in den Berichtskarten gestellten Fragen ist im „Handbuch“ für die Bevollmächtigten, auf Seite 226-227, eine ausführliche Erläuterung gegeben, welche wir allen damit beauftragten Funktionären, besonders aber den in den neugegründeten Zahlstellen tätigen Kassierern, zur genaueren Beachtung empfehlen.

Mit Rücksicht darauf, daß durch die zurzeit bestehenden schwierigen Verkehrsverhältnisse

die Beförderung der Postfächer sehr verzögert wird, ersuchen wir die Verwaltungen der Zahlstellen, dafür besorgt zu sein, daß die Berichtskarten rechtzeitig ausgefüllt und dann sofort an uns eingesandt werden. Diese müssen spätestens am 10. Oktober bei uns eingetroffen sein.

7. Durch die vielen Neugründungen von Zahlstellen und den starken Wechsel in den Reihen unserer Bevollmächtigten und Kassierer macht sich die Veröffentlichung eines neuen Adressenzeichnisses notwendig. Um hierbei nur richtige Angaben bringen zu können, ersuchen wir um baldige Rückgabe des am 13. September versandten Fragebogens. Bei rechtzeitigem Eingang derselben soll die Veröffentlichung des Adressenzeichnisses in Nr. 42 vom 12. Oktober erfolgen. Die Fragebogen müssen dann spätestens am 4. Oktober bei uns eingetroffen sein.

Der Verbandsvorstand.

## Zum Reichstarif.

Wir bereits berichtet, haben die Verhandlungen über die Neuregelung des Affordariefes am 17. September ihren Anfang genommen. Unsere Vertreter sitzen seit diesem Tage ununterbrochen vom frühen Morgen bis zum Abend und beraten in Gemeinschaft mit den Unternehmern und Spartenvertretern aus unseren Reihen jede einzelne Tarifposition. Die Verhandlungen gestalten sich äußerst schwierig, was seine Ursache darin hat, daß die Arbeitgebervertreter das natürliche Interesse daran haben, nicht allzuviel von den derzeitigen Teuerungszulagen in feste Tarifpositionen zu verwandeln, dagegen den abaufähigen Teuerungszuschlag höher zu belassen, während unsererseits das gegenteilige Bestreben zutage tritt. Unseren Vertretern liegt daran, den abaufähigen Teuerungszuschlag möglichst klein zu gestalten und soweit wie möglich von der jetzigen Teuerungszulage in den Tarifpositionen aufgeben zu lassen. Es liegt aber auf beiden Seiten das ebrliche Bestreben vor, den Tarif so zu gestalten, daß die bisherigen Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten beseitigt werden. All dies erfordert aber eine bis ins kleinste gehende, äußerst gewissenhafte Arbeit, die recht zeitraubend ist, so daß damit gerechnet werden muß, daß die Affordariefverhandlungen mehrere Wochen in Anspruch nehmen dürften.

Am 25. September findet eine Sitzung unserer Vertreter mit den Vertretern nachstehender Verbände statt:

1. Verband deutscher Buchdrucker, 2. Deutscher Buchdruckerverein, 3. Bund deutscher Buchbinder-Zimmungen, 4. Arbeitgeberverband der Papier verarbeitenden Industriellen, Fachgruppe Geschäftsbücher, 5. Verband der Kartonnagenfabrikanten, 6. Schutzverband deutscher Steindruckereibesitzer, 7. Verband der Eisfabrikanten Deutschlands.

Die Sitzung soll sich zunächst mit der Frage befassen, inwieweit es möglich ist, für die genannten Gruppen einen Reichstarif zu schaffen. Anschließend an diese Verhandlungen wird unser Tarifausschuss unsere Forderungen endgültig feststellen. Bis zum endgültigen Schluß dürfte jedoch noch einige Zeit verstreichen.

W.

### Einfuhr von Druckwerken nach dem besetzten Gebiet.

Für die französische Zone des besetzten Gebiets ist mit Ausnahme der Pfalz, von Elsass-Lothringen und des Brückenkopfes von Rehl die Veröffentlichung und Einfuhr aller Zeitungen, Zeitschriften, Broschüren und Bücher ohne vorherige Prüfung oder Genehmigung wieder gestattet worden. Ausgeschlossen davon sind alle Druckwerke, für die ein ausdrückliches Verbot bereits besteht oder noch erlassen wird.

Das gleiche gilt auch für das von den Amerikanern besetzte Gebiet.

Mit dieser neuen Regelung ist auch uns erstmalig wieder Gelegenheit gegeben, an den größten Teil unserer Zahlstellen im besetzten Rheinland unsere „Buchbinder-Zeitung“ direkt zu senden. In den letzten Monaten haben diese Verwaltungsstellen die Zeitung durch eine Kölner Einfuhrstelle mit erheblicher Verspätung erhalten. Da wir nicht wissen können, ob die oben bezeichnete Freigabe der Einfuhr glatt durchgeführt ist, eruchen wir alle Zahlstellen der französischen und amerikanischen Zone, uns den Eingang der laufenden Nr. 40 bestätigen zu wollen.

### Mängel im Betriebsrätegesetzentwurf.

Wenn es je auf wirtschaftlichem Gebiet eine dringende Aufgabe gegeben hat, dann ist es der wirtschaftliche Wiederaufbau, der uns jetzt alle beschäftigen muß. Das Anpassen unseres Wirtschaftslebens an die neuen Strömungen, die die volkswirtschaftlichen Gedankengänge durchziehen, das Ingangbringen der Produktion mit dem ausgesprochenen Ziele, die Sozialisierung durchzuführen, muß namentlich unter Aufbietung aller Kräfte angestrebt werden, nachdem ein Teil des staatsrechtlichen Neuaufbaues vollführt ist. Alle produktiv Tätigen haben daran weitesten Anteil, denn es sind die Interessen aller, die auf dem Spiel stehen. Und so sind es in erster Linie die Arbeitnehmer, die als wichtigste Gruppe unserer Volkswirtschaft ihre ganze wirtschaftliche Existenz in der Richtung der Gemeinwirtschaft entwickeln müssen und die darum als durchaus gleichberechtigt mit den übrigen Schichten an der Art der Entwicklung einen bestimmenden Einfluß nehmen müssen. Dies aber können sie nur, wenn sie nicht nur im staatsrechtlichen Sinne als freie Menschen gelten, sondern in viel höherem Maße auch das sein in wirtschaftlicher Hinsicht. Und so sind darum unsere Forderungen nach mehr und größeren Rechten zu verstehen: Die Arbeiterschaft hat an der Gestaltung unserer Volkswirtschaft mitzuwirken unter vollster und bewußter Uebernahme aller der Verantwortung, die aus dieser gleich-

berechtigten Mitwirkung entstehen. Ganz selbstverständlich ist deshalb, daß es nicht nur Scheinrechte sein dürfen, die man uns zuweist.

Die Grundlagen dieser vollen Gleichberechtigung sollen jetzt durch das Betriebsrätegesetz gesetzlich festgelegt werden. Es ist deshalb auch ohne besondere Begründung klar, daß wir als Arbeitnehmer genauenfalls zu prüfen haben, inwiefern der vorliegende Entwurf eines Betriebsrätegesetzes den Anforderungen entspricht, die wir stellen müssen, wenn die breitere Grundlage der Wirtschaftsart der nächsten Zeit uns auch tatsächlich und nicht nur scheinbar die volle Gleichberechtigung in unseren gewerblichen Unternehmungen geben soll. Dabei muß man sich auch auf den Standpunkt stellen, daß durch die Anwendung die Arbeiterschaft an die Oberfläche getragen wurde und daß darum sie es ist, die im Gebiete der Gesetzgebungsmaschinerie das Schemmrad darstellt, das den Betrieb bestimmend beherrschen soll. Das soll heißen: Die Arbeiterschaft muß aus der defensiven Rolle, die sie seither spielte, heraus und zur aggressiven übergehen. Sie darf nicht mehr warten auf das, was man ihr bietet und dann daran ihre Kritik erschöpfen, sondern sie muß fordern und bestimmen, was sie als Recht anzusehen gedenkt. Dann kann es der anderen Seite überlassen bleiben, ihre Einwendungen zu erheben.

Von dieser Auffassung ausgehend muß man an dem Entwurf des Betriebsrätegesetzes allerlei ansetzen. Der Entwurf ist in dem letzten Nummer unserer Zeitung voll zum Ausdruck gekommen, damit unsere Mitglieder selber beurteilen können, was in unseren gewerblichen Unternehmungen für die nächste Zeit in bezug auf ihre Stellung im Betrieb rechtens sein soll. Der Entwurf birgt zunächst einen grundlegenden Mangel in sich, indem in verschiedenen Paragraphen die Möglichkeit des Erlasses besonderer ergänzender Verordnungen offengehalten wurde. So wird im § 10 gesagt, daß besondere Verordnungen durch die Reichs- und die verschiedenen Landesregierungen erlassen werden sollen, um für die Reichs-, Staats- und Gemeinbetriebe die Bildung von Einzel-, Abteilungs- und Gesamtbetriebsräten sowie die Abgrenzung deren Befugnisse gegeneinander zu regeln. Auch das soll nach § 10 durch eine besondere Verordnung festgesetzt werden, welche Bestandteile der Reichs-, Staats- und Gemeinbetriebe als besondere Betriebe anzusehen sind. Es ist nicht recht einzusehen, warum die hier berührten Fragen nicht gleich im Gesetz selbst geregelt werden.

Von größerer Wichtigkeit ist die Bestimmung im Absatz 3 des § 14, der die näheren Bestimmungen über das Wahlverfahren dem Reichsarbeitsminister zu treffen überträgt. Auch diese Bestimmungen sollten im Gesetz oder einem Wahlreglement dazu gleich bei der Beratung des Entwurfes mit gefaßt werden. Das gleiche trifft auf den § 53 zu, nach dem der Reichsarbeitsminister be-

stimmungen zu erlassen. Es soll nicht Mißtrauen gegenüber unseren Vertretern in der Regierung sein, wenn darauf aufmerksam gemacht wird, daß durch solche Ausführungsbestimmungen manche im Sinne der Arbeiterschaft guten Seiten des Gesetzes Auslegungen erfahren können, die nicht mehr in unserem Interesse liegen. Solche Bedenken durch größere Klarheit des Gesetzes selbst zu beseitigen, muß Aufgabe unserer Vertreter in der Nationalversammlung sein.

Wenig Anklang findet auch § 13, der als Voraussetzung für Wahlberechtigung den Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte festhält. Die Anwendung dieses Begriffes steht unserer Auffassung nach dem Umbau unserer ganzen Gerichtsbarkeit voraus. Solange nicht die Sicherheit vorliegt, daß sich unsere Rechtsprechung von jeder politischen Motiven fernhält, ist die Anwendung dieses Begriffes abzulehnen. Zum mindesten sollte beim Fehlen der bürgerlichen Ehrenrechte die Betriebsvollversammlung auf Antrag des Betroffenen diesem das Wahlrecht zusprechen können, es sei denn, daß der Entzug desselben aus Gründen erfolgt ist, die auch der Betriebsvollversammlung eine Parteinahme für den Betroffenen unmöglich macht.

Weiter ist in dem Entwurf mehrfach von Betriebsgeheimnissen die Rede, die nicht preisgegeben werden dürfen. Hier vermißt man eine klare Auskunft darüber, was alles als Betriebsgeheimnis angesehen werden soll. Wenn diese Frage nicht klar gestellt wird, dann kann kommen, daß der Unternehmer nicht weniger denn alles als ein solches Geheimnis ansieht und dadurch jede Mitwirkung an der Leitung und Kontrolle des Betriebs unmöglich macht und so das Gesetz in einem seiner hauptsächlichsten Punkte zu einem wertlosen Blatt Papier werden läßt. Oder ist es etwas anderes, wenn ein Unternehmer dem Betriebsrat unter dem Siegel der Verschwiegenheit etwas in die Ohren flüstert, von dem dieser keinen Gebrauch gegenüber seinen Auftraggebern machen darf? Darum mehr Klarheit auch in dieser Frage.

Nach § 34 Abs. 11 hat der Betriebsrat die Aufgabe, in Betrieben mit wirtschaftlichen Zwecken die Betriebsleitung mit Rat zu unterstützen, um dadurch mit ihr für einen möglichst hohen Stand und für möglichst hohe Wirtschaftlichkeit der Betriebsleistungen zu sorgen. Abgesehen davon, daß ganz ungerechtfertigterweise diese Aufgabe des Betriebsrates nur auf Betriebe mit wirtschaftlichen Zwecken beschränkt wird, ist die hier genannte Forderung aus dem Grunde unklar und unzulänglich, da nirgends gesagt ist, daß der Unternehmer nun auch gehalten sein soll, solchen Ratschlägen entsprechend zu handeln. Die Entgegennahme eines Rates mit dem Hintergedanken: „Nebst was du willst, ich tue doch, was ich will“ demselben diese Bestimmung zu einer Farce. Auch wird nirgends ausgesprochen, daß nun auch der Unternehmer seinerseits

### Der Ruf nach Süden.

Von G. Wulff-Palma.

Nur zuvor hatte der Himmel noch in wüster Helle über der grünen Jugend den Nordsee und der einsamen Frideriksel gelegen. Wie ein nach oben gemendeter Schild, dessen inneren Budei die Sonne gebildet hat, blendend und blühend, einer Scheibe aus poliertem Stahl gleich. Jetzt verfinsterte er sich aber. Milchige Wolken waren plötzlich aufgestiegen, die sich über ihn ausgoßen und ihn unklar und trübe machten. Und die milchigen Wolken verdichteten sich, wurden bleigrau und zähe. Hinter ihnen, wie der Hirt hinter den Schafen, hob sich eine dunkle Masse über den Horizont.

Die See wurde stumm und veränderte ihre Farbe. Wie ein schwarzer Panther lag sie vor dem Küstengebiet, auf dem Heinrich Döse sah. Ueber das Fell des Untieres lief manchmal ein Schauer. Wenn ein Windstoß kühl und heftig darüber hinwegfuhr, suchte die weißgeflackte Pranke und hieb in die Höhe gegen das Gestirn.

Ein Schwarm Möwen flatterte über die Flut. Ihr schrilles Geschrei klang wie das Gelächter von Artgenossen. Eine Kreiße fuhr dicht an dem jungen Mann vorüber, daß ihr rosiges Bauch fast seine Wangen berührte. Unwillkürlich reckte er die Hand, als ob er sie ergreifen wolle. Dann mußte er selber über diese Bewegung lachen. Seine starken weißen Zähne schimmerten hinter dem schlüchtigen Vogel her. Die kurzen Windstöße wurden stärker und peifender. Und plötzlich warf sich der Sturm mit

voller Wucht auf das Meer. Es bäumte sich auf und riß auseinander. Grüne Wände, schaumig und rauhend, richteten sich steil auf, weißbedeckt wie Gebirgszüge. Dann stürzten sie wieder zusammen, frachend und flossenwirbelnd mit ohrenbeübendem Getöse. Es klang, als ob ein Kriegspanzer seine Dreiseite gelöst hätte.

Heinrich Döse nahm die Mühe ab und setzte sich darauf. Er hatte Angst, daß sie ehrsüchtig werden und versuchen würde, ebenso zu fliegen wie die Möwen und Meerichwalben. Seinem blonden Haar konnte ja nichts geschehen. Das sah noch so fest in der zwanzigjährigen Kopfschutt, daß der Wind es höchstens auf eigenartige Weise frisieren konnte. Was er auch ohne Zeitverlust tat. Wie Mädchenhaare strahlte er es nach hinten und legte es feucht und glatt um die Schläfen.

Der junge Mann war ein Fischer, sondern der Sohn des Inselräumers. Mit Meer und Wind hatte er also nur dann zu tun, wenn es ihm selber passte. So ließ er sich ab und zu die Zähne mit Vergnügen volllassen. Nur den Kopf zog er tiefer in die breiten Schultern und hückte sich ein bißchen. Der Wind hier hatte nämlich eine ganz verkehrteste Art, einem gegen den Wind zu schlagen. Der Atem blieb bei-nah fort. Alles übrige hatte er mitunter aber ganz gern. Die zerrißenen Wasser beschäftigten seine Einbildungskraft. Allerhand Geheimnisse und mystisches Leben witterte er in ihnen. Hatte er denn nicht oft genug von Meeremännern und ähnlichem Gelichter erzählt gehört? Und eingetrodnet war seine Phantasie noch lange nicht. Zwischen

Segelstuch, Seife, Zitronen und Tran (wundervollem Tran zum Siefelschmierer!) hatte sie sich ganz ausgezeichnet erhalten!

Wenn man so mal von oben zusehen könnte! So zwischen Wogengrand und Wogengrand hindurch wie durch einen Kamin? dachte er neugierig. Was man da wohl alles vor Augen bekäme. Wuh! wie die Meeremännern da unten auf dem Sande herum-paddeln!

Und er sah sie ganz deutlich vor sich: Klein, mit silbernen Schuppen am Leib und Schwimmhäuten zwischen Fingern und Zehen. Fischmäulig saßen sie am Meeresrand und blickten aus erschrockenen, bernsteingelben Augen nach oben, wo sich die schäumende Wasserbede geteilt hatte. Sie schrien, fischartige Zähne zeigend, wie junge Raben oder quakten vor Unruhe und Angst, bis die Wasser wieder zurückerlitten und sie nicht weiter entblöht vor den Augen des Himmels lagen.

Durch den donnernden Wogengang brach ein dumpfes, heiseres Gebrüll. Wie eine schwarze Schlange wälzte sich eine Rauchwolke in der Ferne über das Meer. Ein Dampfer kämpfte sich dort durch die Flut.

Wohin der wohl fahren wird? fragte sich Döse. Getrieb nach Süden. Jemandwohin in ein anderes Land, wo es hell und heiter und sonnig war. Sonnig und natürlich auch trocken. Warm und trocken, wie hier niemals.

Brrr! Er schüttelte sich frostig. Eine dunkle, gestaltlose Traurigkeit quoll wie Nebel in seiner Seele empor. Eine Traurigkeit, die ihn mit jedem

verpflichtet sein soll, den Betriebsrat in dessen Aufgaben zu unterstützen. Dieser Mangel läßt ihm die Möglichkeit, direkt gegen ihn zu arbeiten, was kaum im Sinne des Gesetzes gelegen sein kann. Rechte und Pflichten müssen auch in dieser Frage durchaus auf Gegenseitigkeit beruhen.

Die größten Einwände aber muß man erheben gegenüber den Bestimmungen, die sich mit der Einstellung und Entlassungen beschäftigen. Hier ist zu fordern, daß die Bestimmungen des Entwurfs eine viel schärfere zwingende Note erhalten. Nach § 89 ist der Arbeitgeber nur verpflichtet, von jeder Einstellung eines Arbeitnehmers oder von jeder Kündigung dem Betriebsrat oder (nach § 42) dem Betriebsausschuß Kenntnis zu geben. Bei Einstellungen hat diese Mitteilung spätestens am Tage des Abschlusses des Dienstvertrages zu geschehen, d. h. also erst dann, wenn die Einstellung bereits erfolgt ist. Kein Mensch wird behaupten können, daß hierin eine Mitwirkung des Betriebsrats zu erkennen sein kann. Das um so weniger, als dieser nur dann innerhalb fünf Tagen gegen die Einstellung Einspruch erheben kann, wenn wichtige berechnete Interessen des Betriebs oder der Arbeiterschaft des Betriebes dadurch verletzt werden. Als Mindestforderung muß hier verlangt werden, daß einzustellende Arbeitskräfte durch die paritätischen oder gewerkschaftlichen Arbeitsnachweise angefordert werden, und daß erst dann, wenn auf diesem Wege die notwendigen Arbeitskräfte nicht beschafft werden können, die Einstellung auch auf andere Art erfolgen kann. Weiter halten wir eine Mitwirkung des Betriebsrats schon beim Abschluß des Dienstvertrages für unumgänglich notwendig, so daß also der Betriebsrat von Neueinstellungen nicht nur Kenntnis nimmt, sondern dabei auch tatsächlich mitwirkt. Andernfalls kann von einer Mitwirkung eben keine Rede sein. (Schluß folgt.)

Scharfmacherliche Provokationen.

Leute, die von der Gewerkschaftsbewegung nicht viel Ahnung haben, gefallen sich in der kühnen Behauptung, daß sich unsere wirtschaftlichen Organisationen überleben und daß man sie ruhig zum alten Eisen legen könnte. War um eine solche Anschauung falsch sein muß. Brauchen wir an dieser Stelle nicht zu erörtern, wie falsch sie aber ist, mag an einem Beispiel gezeigt sein, das uns der bekannte „Zufall“ in die Hand gibt. Anfang September wurde uns von einer unserer Jahreshellen ein Zirkular zugesandt, das von der Schupabteilung des Deutschen Buchdruckervereins herausgegeben worden ist. Form und Inhalt dieses Schriftstücks passen in die neue Zeit wie die Faust aufs Auge. Darum hielten wir das Zirkular zunächst für einen alten Ladenhüter, noch aus der Vorkriegszeit stammend, zumal ein Datum nicht angegeben war. Eine Nachfrage aber bei dem Einsender brachte die wirklich nicht erwartete Mitteilung, daß das Schriftstück erst in jüngster Zeit gedruckt worden ist. Ein

Zweifel konnte nun aber auch um deswillen nicht mehr möglich sein, als in der Zwischenzeit auch das Organ des Buchdruckerverbandes zu dem Zirkular Stellung genommen hat. Dieses Zirkular enthält zunächst Richtlinien für die der Schupabteilung des Deutschen Buchdruckervereins angeschlossenen Betriebe. Da auch unsere in den Buchdruckerzweigen beschäftigten Kollegen und Kolleginnen von diesen Richtlinien mit betroffen werden, bringen wir diese nachstehend im Wortlaut. Danach läßt die der Schupabteilung angeschlossenen Firmen verpflichtet:

- 1. Den Arbeitnehmern, gleichviel ob sie im eigenen Betriebe des Unterzeichners streifen oder nicht, keinerlei Zugeständnisse ohne Genehmigung des Ausschusses zu machen und von etwaigen Forderungen der Arbeiter sofort ihren Orts- oder Bezirksarbeitsausschuß zu verständigen.
2. Während einer Konfliktzeit keinerlei Aufträge ohne Einwilligung des Arbeitsausschusses zu übernehmen und auszuführen, gleichviel ob dieselben von alter oder neuer Kundtschaft, Privaten oder Behörden erteilt werden.
3. Auf Einsuchen befristeter oder bedrohter Betriebe im Einverständnis mit dem Arbeitsausschuß Streikauhilfsarbeiten zu übernehmen und diejenigen Arbeiter ihres Betriebes, welche die Ausführung dieser Arbeiten verweigern, wegen Arbeitsverweigerung sofort ohne Kündigung zu entlassen.
4. Bei nachweislichem passiven Widerstand ihrer Arbeiter die betreffenden Leute gleichfalls wegen Arbeitsverweigerung zu entlassen.
5. Alle in Betracht kommenden Vorkommnisse unverzüglich an den örtlichen Arbeitsausschuß und an den Zentralarbeitsausschuß zu melden.
6. Alle Anweisungen des zuständigen Arbeitsausschusses für die eintretenden besonderen Fälle genau zu befolgen.
7. Soweit Maßnahmen zur Einschränkung der in einem Verlage erscheinenden Unternehmungen an Zeitungen und Zeitschriften erforderlich sind, weil in einem anderen Betriebe solche Unternehmungen infolge Streiks nicht erscheinen können, keinerlei Betriebspropaganda zu unternehmen, nur die bisherige Durchschnittsaufgabe bzw. die Auflage der letzten Woche zu drucken, und, soweit es der Orts- (Bezirks-) Arbeitsausschuß mit Zustimmung der Kreisarbeitsausschüsse für notwendig erachtet sollte, das Erscheinen dieser Zeitungen und Zeitschriften vorübergehend einzustellen, ferner auf Erfordern des Ausschusses sich auch an einer gemeinsamen Zeitungsausgabe zu beteiligen und etwa dazu notwendige Arbeiten zu übernehmen.

Damit diese Richtlinien nun auch von den der Schupabteilung angeschlossenen Betrieben eingehalten werden, hat jeder Unternehmer, der der Schupabteilung beiträgt, sich unterdriftlich zu folgender Erklärung zu verpflichten:

Hiermit trete ich der Schupabteilung des Deutschen Buchdruckervereins bei, deren Richtlinien mir bekannt sind, und verpflichte mich zur gewissenhaften Erfüllung aller Anordnungen, die in Konfliktzeiten mit der Arbeitnehmerschaft vom Zentralarbeitsausschuß in Leipzig oder von dem für mich zuständigen Kreis-, Bezirks- oder Ortsarbeitsausschuß getroffen werden.

Ich betrachte die Einhaltung dieser Verpflichtung als Ehrensache und erkläre mich damit einverstanden, daß jeder Fall der Zuwiderhandlung mit einer vom zuständigen Kreis-, Ehren- und Schiedsgericht des Deutschen Buchdruckervereins zu bestimmenden Buße im Höchstbetrage von fünf Prozent der Jahreslohnsomme meines Betriebes belegt wird. Als Klagerechtigt erkenne ich den Vorstehenden des Kreisarbeitsausschusses oder eine geschäftliche Firma an. Gegen die Entscheidung des Schiedsgerichts soll Berufung an das Berufs-Ehren- und Schiedsgericht des Deutschen Buchdruckervereins in Leipzig zulässig sein. Diese Schiedsinstanzen sollen endgültig unter Ausschluß der ordentlichen Gerichte entscheiden und gelten als Schiedsgerichte im Sinne der Zivilprozessordnung.

Im Zeichen der noch immer aufsteigenden Kurve der Teuerung sollen sich nach Punkt 1 der Richtlinien die Buchdruckunternehmer verpflichten, ganz generell den Arbeitnehmern keinerlei Zugeständnisse ohne besondere Genehmigung zu machen und das ganz gleichgültig, ob es sich um Arbeiter des eigenen oder fremder Betriebe handelt. Es wird schon stimmen, daß den Buchdruckunternehmern dank ihres guten Verdienstes jedes Verständnis für die Lage der Arbeiterschaft fehlt. Daß es sich aber der einzelne Unternehmer bieten läßt, durch das schwere Geschick der ehreemwürdigen Erklärung das etwa vorhandene größere soziale Verständnis für die Not der Zeit abzumähen zu lassen, ist bezeichnend für den jetzigen Geist der sich sonst immer auf seine fortschrittliche Bestimmung etwas zugute haltenden Druckereibesitzer.

Die Krone des Ganzen aber liegt im Punkt 3, nach dem jeder Betrieb zur Uebernahme von Streikarbeit verpflichtet sein und jeder Arbeiter entlassen werden soll, der es ablehnt, Streikarbeit zu leisten. Das zeigt, daß die Unternehmer die Arbeiterschaft im Zeitalter der Revolution ganz sonderbar einschätzen müssen, wenn sie glauben, daß sich jetzt auch nur einzeln findet, der Genesensdienste an seinen Arbeitsbrüdern verrichten wollte. Oder aber — und das ist das Wahrscheinlichere — die Buchdruckunternehmer wollen auch den geringsten Anlaß benutzen können, um größere Ausperrungen einzuleiten, dabei aber den Arbeitern die Schuld — Arbeitsverweigerung — aufzubürden und so die Öffentlichkeit bewußt irreführen. In der gleichen Richtung bewegt sich Punkt 4, nach dem die — wohl auch kostlose — Entlassung schon bei der Annahme des passiven Widerstandes erfolgen soll. Nach diesen Leistungen braucht es niemand zu wundern, daß die Buchdruckunternehmer, die sich der Schupabteilung anschließen, auch ganz offen die Sabotierung der Volkswirtschaft in ihr Programm aufnehmen. Die ohne Not erfolgte Einstellung der Ausgabe von Zeitungen ist geeignet, das Wirtschaftsleben aufs Schwerste zu gefährden. Aber nach solchen Sentiments fragen die Scharfmacher im Druckgewerbe nicht. Gute Betriebsräte werden ihnen die Fänge ja wohl etwas beschneiden.

Jahr, das er älter wurde, öfter überkam. Wie ein Gefangener kam er sich manchmal in seiner Heimat vor.

Die ganze Insel bestand nur aus Felsen und Sand. Ein dichter Gras, Schafgarbe und kümmerliches Getreide, das war alles, was sie trug. Und überall noch es nach Fisch und Salz. Und immer war es feucht. Alles kühlte sich ganz klamm an. Selbst die Menschen. Wie Extraktene beinahe!

Höchstens eine vielleichte...

Natürlich war er mit der am liebsten zusammen und wartete jetzt sogar auf sie. Aber warm wurde ihm auch nicht bei dem Gedanken an sie.

Jetzt könnte sie wirklich hier sein! murrte er misgünstig. Ich habe gar keine Lust, ihretwegen bis aufs Hemd naß zu werden!

Er ließ seine Blide über die Küste schweifen. Von drüben, von der Fischerhäufe her, mußte sie kommen. Und da tauchte sie auch wirklich schon auf. Stramm und gerade, einen Arm am Arm und ein dickes Tuch über dem korngelben Haar.

Sie mußte ihn schon gesehen haben. Während einer kleinen Pause, in der sich der Wind verschmaltete, fing sie an zu singen:

„Kommt, wir gehn nach Ribebüttel,

Mit dem Weinwandfittel, mit dem Klopptant.“

Freisch und kernig schlug ihre Stimme an sein Ohr. Da schmunzelte er doch. Und aus den gewölbten Händen ein Sprachrohr vor seinem Munde bildend, lächerte er ihr als Antwort die Gegenströme zu:

„Da lauten wir uns Nahrungsmittel

Und ziehn dann wieder nach — —“

Hopp! Das „nach Hamburg hin“ konnte nicht mehr aus der Kehle. Durch die Finger hindurch hätte der Wind ihm soviel Luft auf einmal in den Mund gehauen, daß ein Unterseeboot für drei Tage genug daran gehabt hätte. Er sang also nicht mehr weiter, sondern ließ ihr entgegen, die Hände in den Hosentaschen und den Kopf ganz schief, um wenigstens das Gesicht gegen den keinen Sprühregen zu schützen, den der Wind um ihn herwirbelte.

Eine ganze Weile gingen sie stumm nebeneinander her. Das Meer war zu laut. Erst als sie hinter den Klippen waren, sagte Rasmus: „Das ist aber mal schön, daß du wirklich gewartet hast!“

Ohne Umstände schlang sie ihm den Arm um den Hals und hielt ihm ihren Mund hin. Heinrich Döse beugte sich vor, um ihn zu küssen. Aber da durchschauerte ihn ein plötzlicher Widerwille: Rasmus kühlte sich auch so an, so klamm und feucht! Und die Büllinge, die sie im Korbe trug, rochen...

Der Ruf, den er auf ihre vollen Lippen drückte, war kurz und kühl.

„Was ist Dir denn?“ fragte Rasmus verkehrt.

Döses Augen waren schon von ihr fort wieder auf das Meer hinausgeschlitten. Ganz fern, wie ein schwarzer, tangender Punkt, war der Dampfer noch sichtbar. Beinahe gierig saugte sich sein Blick daran fest.

Rasmus und Heinrich Döse waren noch nicht miteinander verprochen, aber niemand zweifelte daran, daß es nicht lange dauern würde.

felle daran, daß sie einmal ein Paar werden und zusammen hausen würden. Ihre Väter, der Großfischer und Klüßereibesitzer Rasmus und der Krämer Döse, waren befreundet und beide gleichmäßig wohlhabend. Sie selber kamen sich von früh an, hatten als Kinder zusammen gespielt und küßten sich jetzt heimlich. Nicht so sehr aus Leidenschaft, sondern einfach, weil der eine eben ein Mann und die andere ein Mädchen war.

Nur die seltsame Inruhe, von der Heinrich immer häufiger ergriffen wurde, richtete sich mittlerweile wie eine trennende Wand zwischen ihnen auf. Aber die wahrte niemals lange. Die tausend Dinge des Alltags, die so breit und großschichtig an der Oberfläche des Lebens liegen, als ob sie das Leben selber wären, vereinigten sie stets wieder. Er wußte ja selber nicht, was er eigentlich wollte; er küßte, daß ihm etwas fehlte, aber er wußte nicht was. Er empfand Sehnsucht, aber ihre Ziele hatten weder Fleisch noch Namen und es war ihm nicht möglich, sie gegen die herbe greifbare Wirklichkeit, die ihn umgab, zu verteidigen. Nicht einmal vor seinem eigenen Herzen.

Besonders in den Abendstunden, wenn er, wie es häufig vorkam, mit seinem Vater, dem alten Rasmus, und Rine in der gemüthlichen Stube hinter dem Laden saß, kühlte er sich ganz wehrlos. Man plauderte oder spielte Karten, es war warm und mollig und vor Fisch- und Salzgeruch war vor dem scharfen Tabaksqualm und den heißen Grogdämpfen wirklich nicht viel zu spüren. (Zerlegung folgt.)

Vielleicht lernen sie dann, daß seit einiger Zeit doch ein etwas anderes Lächeln weht als sie vermeinen, und daß sie mit ihren scharfmacherischen Provokationen um einige Monate zu spät aufgefunden sind.

Doch nicht mit Unrecht fragt die „Frankfurter Volksstimme“: „Was wird das Reichsarbeitsministerium tun, diesen Saboteuren des deutschen Wirtschaftslebens das Handwerk zu legen? Wir haben es in diesem Falle nicht mit dem satfam bekannten Klappern einer kleinen scharfmacherischen Gruppe von Unternehmern zu tun, sondern hier tritt eine festgefügte und jetzt anscheinend durch einen Kartellvertrag zentralistisch straff organisierte Industrieunternehmerkoalition auf den Plan, um am Geisse der politischen Reaktion ihre dunklen wirtschaftlich rückständigen Ziele mit Gewaltmitteln zur Durchführung zu bringen. Gegen die Abwehr derartiger Mächte bedarf es der Einigkeit des deutschen Proletariats.“

Das Vorgehen der Buchdruckunternehmer aber zeigt uns, wohin der Weg führen soll. Wer will unsere Mahnung darum für überflüssig halten, mit Anpassungen die Dinge zu verfolgen und durch Geschlossenheit dem Vorgehen der Scharfmacher, die da Morgenluft wittern, den notwendigen Widerstand entgegenzusetzen? Kollegen, seid wachsam, wir werden noch auf mancherlei Ueberraschungen gefaßt sein müssen.

### Die „hohen“ Löhne.

Gewisse Kreise im Reiche der Journalistik bauen ihre Existenz auf die Verleumdung der Arbeitererschaft auf. Das war früher schon so und ist es heute mehr denn je. Die „Vogelheit der Arbeiter“ gehörte von jeher zu ihrer stehenden Redensart, heute sind es die „hohen Löhne“, die „Faulheit“ und die „Streiklust“ der Arbeiter, die immer wieder dankbare Objekte für eine Anzahl von Zeilenschildern abgeben müssen. Ohne den tatsächlichen Zusammenhang zu kennen, werden die Arbeiter für nicht weniger als alles verantwortlich gemacht, was geschieht. So brachte jüngst eine Berliner Korrespondenz folgende Notiz:

„Auch im Buchgewerbe macht sich die Abwanderung nach nordischen, neuerdings auch schwedischerem Gebiet bemerkbar. Auf einer Versammlung, die deutsche Verleger in Dresden abhielten, kam laut einer Mitteilung des „Berliner Bundes“ zur Sprache, daß wiederholt deutsche Firmen ausländischen Druckereien die Drucklegung von Werken und Beschaffung der Einbände anvertrauten, um der Terrorisierung durch einheimische Arbeiter und den Gefahren der immer wieder aufflackernden Streiks zu entgehen.“

So große Bedenken man auch in dieser Zeit der herrschenden Arbeitslosigkeit gegen ein Abgeben von Arbeit ins Ausland haben muß, so muß doch, falls die Meldungen den Tatsachen entsprechen, in Erwägung gezogen werden, daß die sich immer mehr steigenden Lohnforderungen am Ende zu solchen Maßnahmen zwingen; diese bedeuten für die einheimischen Arbeiter ja schließlich keinen Verlust, da die Arbeiter im anderen Falle nicht vorgenommen werden würden, weil bei den hohen Preisen keine Aufträge zu erzielen sind.

Schon macht das schweizerische Blatt darauf aufmerksam, daß mit einer ungeheuren Abwanderung von Menschen aus Deutschland gerechnet werden müsse, da die dortigen industriellen Unternehmen die Ueberspannung der Forderungen kaum überleben dürften.“

Wir haben schon mehrfach Gelegenheit nehmen müssen, zu erklären, daß es nicht wahr ist, daß die Arbeitslöhne in erster Linie zur Verteuerung der Produkte gerade des Buchgewerbes beitragen. Wir erinnern nur an die großen Papierstreifen, die einen kaum erträglichsten Papiermangel zeitigen, während durch Sieberhand so viel Papier zu haben ist, als gebraucht wird, allerdings zu Preisen, die das Mehrfache von dem ausmachen, was notwendig wäre. Und was auf Papier zutrifft, ist bei allen anderen Rohstoffen in gleicher Weise zu konstatieren. Und wie sieht es denn mit den Verdiensten der Unternehmer? Auch hierfür ein kleines Beispiel, das da zeigt, wo die Warenverkäufer zu finden sind. In einer uns vorliegenden Zusammenstellung von Zensuren aus den Jahren 1915 bis 1917 befindet sich auch eine Papierfabrik, die sich im Jahre 1915 mit einem Einkommen von 210 000 Mk. selbst einschätzte, im Jahre 1916 waren es schon 481 000 Mk., 1917 aber 2 946 000 Mk. Wenn die Selbst einschätzung schon solche Summen ergab, dann wird man sich klar machen können, wie hoch das tatsächliche Einkommen gewesen sein mag. Diese Millionensummen stellen einige wenige ein, die nach wie vor Ehrenmänner bleiben, wenn aber

ein Arbeiter unter dem Druck der Lernerung seinen Lohn zu erhöhen sucht, dann ist er der Schuldige, der den Ruin der Volkswirtschaft herbeiführt.

Nicht die „hohen“ Löhne der Arbeiter treibt die Arbeit ins Ausland, sondern die ausgesprochenen Profitgier so mancher Verleger. Nur zur Verhinderung dieser wird die Phase von den hohen Löhnen wie ein lothbares Mähdorn gehegt und gepflegt. Wo ist der Unternehmer, der mit dem „hohen“ Lohn seines Arbeiters zufrieden würde? Mancher reelle Unternehmer wird auch zugeben, daß er Arbeit ins Ausland gibt, weil ihm in Deutschland die Rohstoffe, Papier usw., ganz fehlen und ihm bei Anfertigung der Arbeit ins Ausland die dabei verwendeten Rohstoffmengen bei der deutschen Verteilung nicht angedreht werden.

Und nicht zuletzt sollte es auch Sache des Finanzministers sein, sich diese Arbeitsvergabe ins Ausland einmal etwas näher anzusehen. Das Kapitel „Kapitalflucht aus Steuersehen“ dürfte dabei um manchen Beitrag bereichert werden. Wie soll man solche Handlungen benennen, die die eine schändliche Handlungsweise durch wohl- und planlose Beschimpfung der Arbeiter zu verdecken suchen?

### Zur Arbeiterschutzkonferenz in Washington.

Der Teil des Friedensvertrages von Versailles, der den Völkerbund behandelt, bestimmt, daß der Arbeiterschutz zu den Aufgaben des Völkerbundes gehören soll. Ein besonderer Abschnitt trifft nähere Bestimmungen über die Organisation eines ständigen Arbeitsbureaus und alljährlich wiederkehrender Arbeiterschutzkonferenzen, an denen die Regierungen jedes Mitgliedes durch 2 und die Arbeitgeber und Arbeitnehmer eines jeden Landes durch je einen Vertreter beteiligt sein sollen. Die erste Konferenz soll diesen Herbst in Washington stattfinden.

Die Frage, ob Deutschland und Oesterreich zu dieser Konferenz eingeladen und zugelassen werden, ist von den Alliierten anlässlich der Friedensverhandlungen nicht beantwortet worden. Die Internationale Gewerkschaftskonferenz, die in Amsterdam Ende Juli stattfand, nahm sowohl zu der Konferenz selbst, als zu dieser Frage Stellung. Sie erklärte sich bereit, der in Washington abzuholdenden Konferenz ihre Mitarbeit zu verleihen unter der Bedingung, daß

1. zur Konferenz als gleichberechtigte Teilnehmer eingeladen und zugelassen werden die Vertreter der Gewerkschaftsbewegung aller Länder ohne irgendwelche Ausnahmen,

2. als Vertreter der Arbeitererschaft die von den dem Internationalen Gewerkschaftsbunde angehörenden Landeszentralen beauftragten Delegierten anerkannt werden.“

Wenn diese Bedingungen nicht erfüllt werden, sollten die auf dem internationalen Kongreß vertretenen gewerkschaftlichen Landeszentralen verpflichtet sein, an der Washingtoner Konferenz sich nicht zu beteiligen.

Die Delegierten der drei skandinavischen Länder und der Schweiz gaben außerdem folgende Erklärung an:

„Wir erklären, daß wir, wenn nicht alle Länder nach Washington eingeladen werden und trotzdem einzelne Landesverbände sich dort vertreten lassen, dies als einen schweren Bruch der Solidarität der Arbeiterklasse betrachten.“

Unsere Landesorganisationen werden sich in diesem Falle genötigt sehen, die Frage zu prüfen, ob sie der Internationale weiter angehören können.“

In einer Sitzung des Bureaus des Internationalen Gewerkschaftsbundes in London am 23. August wurde nach uns vorliegenden Mitteilungen des Internationalen Bureaus folgende Beschlusse getroffen:

„Es wurde nochmals ausdrücklich festgestellt, daß das Bureau daran festhalten würde, daß Deutschland und Oesterreich in die Liste der Länder, welche zur Teilnahme an der Washingtoner Konferenz eingeladen werden, aufgenommen würden und daß ferner verlangt werden würde, daß die Internationale Arbeitskonferenz auch in Zukunft sich mit dem Internationalen Gewerkschaftsbunde in Verbindung zu setzen habe, jedesmal, wenn es sich um eine Frage handeln sollte, wobei die Gewerkschaftsbewegung in den verschiedenen Teilen der Welt interessiert sein würde.“

Diese Mitteilungen sind der englischen Regierung übermittelt worden und das Bureau hat sie durch ein Zirkular den dem Internationalen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Gewerkschaften unterbreitet.

Am 3. September fand weiter eine Versammlung in Amsterdam statt, an der der Vorsitzende der französischen Gewerkschaften, Jouhaux, zugleich Vizepräsident des Internationalen Gewerkschaftsbundes, über seine Bemühungen zur Durchführung des Amsterdamer Beschlusses berichtete. Nach diesem Bericht hat sich Jouhaux an Herrn Fontaine, den Vorsitzenden des provisorischen Organisationskomitees für die Washingtoner Konferenz, gewandt. Dieser erklärte ihm, daß er den Amsterdamer Forderungen im Prinzip zustimme, daß er jedoch in der Frage der Einladungen keine Befugnis besitze und daß Jouhaux sich daher an den Vorsitzenden des Obersten Rats der Alliierten, den französischen Ministerpräsidenten Clemenceau, wenden müsse. Das ist geschehen. Die letzte Unterredung zwischen Jouhaux und Clemenceau fand am 29. August statt. In dieser erklärte Clemenceau, daß

„der Oberste Rat der Alliierten den Amsterdamer Forderungen prinzipiell zustimme und daß Deutschland und Oesterreich eine Einladung nach Washington erhalten würden. Die Internationale Arbeitskonferenz würde dann in ihrer ersten Sitzung in Übereinstimmung mit ihrem Statut über alle neuen Zulassungen beschließen.“

Ungefähr gleichzeitig wurde ein Bericht an die Presse des neutralen Auslandes verbreitet, wonach „der Oberste Rat der Alliierten auf Antrag seines Präsidenten, Herrn Clemenceau, auf Grund der Forderungen der Confédération Generale du Travail beschloß, Deutschland und Oesterreich auf der Washingtoner Konferenz zuzulassen.“

Soweit wäre also der Eindruck erweckt, als ob die Frage durch die Alliierten zur allgemeinen Zufriedenheit gelöst wäre. Das ist jedoch nicht der Fall. Denn der wirkliche Beschluß der Alliierten hat einen ganz entgegengeetzten Wortlaut. Reuters Telegraphenbureau teilt am 12. September aus Paris folgendes mit:

„In der Sitzung des Obersten Rats heute morgen wurde die Frage diskutiert, ob man Delegierten der feindlichen Länder Zutritt zu der Internationalen Arbeitskonferenz in Washington im Oktober gewähren sollte. Die amerikanische Delegation teilte mit, daß die Vereinigten Staaten nichts dagegen haben, Arbeitervertreter der feindlichen Länder in ihrer Eigenschaft als Privatpersonen in das Land einzulassen. Infolgedessen wurde beschlossen, keine offizielle Einladung zum Kongreß an Deutschland oder die übrigen feindlichen Länder gelangen zu lassen. Andererseits sollen denjenigen, die Lust haben, sich nach Amerika zu begeben, gestattet werden, in üblicher Weise in Amerika zu landen. Sind sie einmal im Lande, soll ihrem Besuche der Konferenz oder ihrer Teilnahme an Diskussionen oder Abstimmungen keine Schwierigkeiten bereitet werden.“

Demnach hat der Oberste Rat der Alliierten auch diese Forderungen der auf der Amsterdamer Konferenz vertretenen Gewerkschaften keine Zustimmung verweigert. Weder Deutschland noch Oesterreich werden eingeladen oder zur Konferenz zugelassen. Lediglich Vertreter der Arbeiter können in ihrer Eigenschaft als Privatpersonen in den Vereinigten Staaten in üblicher Weise landen und sollen dann eventuell an der Konferenz teilnehmen können.

Es ist selbstverständlich, daß die deutschen Gewerkschaften keine solche „Lust“ haben, ihre Vertreter als Privatpersonen nach Amerika zu entsenden. Der Amsterdamer Konferenzbeschlusse, den wir oben in seinem wichtigsten Teile wiedergegeben haben, wird daher zur Ausführung kommen müssen. Nach den Erklärungen, die sowohl die Vertreter der neutralen Länder als auch der Engländer, Belgier und Franzosen, teils in Amsterdam, teils später abgegeben haben, darf bestimmt damit gerechnet werden, daß die Gewerkschaftsinternationale die Washingtoner Konferenz meiden wird, solange der Oberste Rat der Alliierten einen Standpunkt einnimmt, wie er in der Reutersmeldung vom 12. September niedergelegt ist.

Der Sekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes berichtet jetzt, daß sich die englischen Gewerkschaften, gleich denen Schwedens, Norwegens, Dänemarks und der Schweiz seit auf den Boden der Amsterdamer Konferenz stellen werden, die die Vertretung der Deutschen und Oesterreicher gefordert habe. Auch die holländischen Gewerkschaften würden sich dem anschließen. Nachdem die oben angeführte Entschliessung der Amsterdamer Konferenz mit überwältigender Mehrheit angenommen sei, könne nichts anderes erwartet werden, als daß auch die übrigen Gewerkschaften sich an sie halten werden.

## Die deutsche Zigarettenindustrie und ihre Wiederbelebung.

Nicht nur für die unmittelbar beteiligte Arbeitererschaft der Kartonnagenbranche, sondern auch für unzählige Verbraucher werden nachdringliche Ausführungen von Interesse sein. Für die Kartonnagenbranche stand in Aussicht, daß zu den empfindlichen Verdienstleistungen durch längere geübtes Verfügarbeiten noch große Arbeitslosigkeit folgen würde durch gänzliche Stilllegung der Betriebe wegen dem umfänglichen Mangel an Tabak. Zum andern werden die Verbraucher zugeben, daß ein massenhaftes Reduzen nach guten unverfälschten „Stäbchen“ zu verzeichnen ist und mit Spannung die Entwicklung der Verhältnisse in der Zigarettenindustrie verfolgt wird. Allen Interessenten kann heute glücklicherweise mitgeteilt werden, daß durch zweckmäßiges Handinhandarbeiten der Unternehmer- und Arbeiterorganisationen die neueste Sachlage einen erfreulichen Lichtbild gewährt. Allerdings sind immer noch größere Hindernisse zu nehmen und dürfen keine zukünftigen Störungen die aus der genannten Arbeitsgemeinschaft hervorgehenden Erfolge vereiteln.

Schon seit langer Zeit wurde von manchen Zigarettenbetrieben zum Laubertag geirren. Nachdem aber ausländische Fabrikate zum Verkauf gelangten und trotz hoher Preise gekauft wurden und als ein beträchtlicher Teil der Verbraucher die Marke „Deutscher Wald“ verschmähte, lag bei vielen Fabrikanten der durch die Eingartierung in Schuppen an üblichen Manichen verminderte „Wald“ als totes Kapital da und die Sehnsucht nach unverfälschtem Stoppmaterial wuchs bis zur angenehmen Verzweiflung. Nach Unterzeichnung des Friedensvertrages standen Möglichkeiten, Tabak vom Ausland zu erhalten, in Aussicht. Jedoch die Verwirklichung der Hoffnungen geschah gänzlich ungenügend und schleppend. Die Verzerrnis um die Industrie und die hieran beteiligten Existenzen erreichte den Höhepunkt. Um der bevorstehenden Verteilung des zu erwartenden Tabaks den nötigen und gerechten Nachdruck zu verleihen, hielten es die Leitungen der beteiligten Arbeiterorganisationen für geraten, auch hierbei sich in praktischer Arbeit zu betätigen. Die Organisationen (darunter auch der Buchbinderverband) entsandten Vertreter zum Wirtschaftsminister nach Weimar und diese erhielten die Zusage auf zukünftigen gebührenden Einfluß in der Zentral-Tabak-Verteilungs-Gesellschaft, genannt „Zitag“ (Sitz Dresden). Für die Zigarettenbranche geht die Zufuhr von überseeischem Tabak schon lebhafter. In der Hauptsache kommt Sumatra, Java, Brasil und Habanna herüber, aber auch holländischer Kolonialtabak und Domingo soll in Aussicht stehen. Hiervon ist schon teilweise als guter Ertrag in Zigarettenbetrieben mit verarbeitet worden. Die Zufuhr dieser Tabake ist weniger durch Schwierigkeiten gehemmt, während die Ueberführung von orientalischem Tabak augenblicklich weit schwerer ist. Nicht in letzter Linie spielen hier Arbeitgeber-Sonderinteressen mit. Kapitalträchtige Konzerne und andere Spekulationskreise sorgen für Hochhaltung der Tabakpreise. Auch soll die Uneinigkeit der Interessenten sich wieder gewaltige Preissteigerungen im Gefolge gehabt haben. Man spricht sogar von Millionenerweiterung des jetzigen Einkaufs.

Die Arbeiten der „Zitag“ sind für die allgemeine Volkswirtschaft von ganz erheblicher Bedeutung. Vorerst wurden Vorsehungen getroffen, um 4 Millionen Kilogramm überseeischen Tabak zu erstehen. Später soll dann die ganze Produktion wieder aus orientalischem Tabak hergestellt werden. Die vorläufige Verbeisfassung des an der Grenze lagernden Tabaks wird voraussichtlich dann eine Preislenkung des künstlich verteuerten orientalischen Tabaks bewerkstelligen. Dieses Vorgehen soll derart auf die gegenwärtige Lage des deutschen Arbeitsmarktes einwirken, daß mehr und billigere Ware erzeugt werden kann. Es steht zu hoffen, daß die Bemühungen und Maßnahmenberechnungen der „Zitag“ recht bald von Erfolg gekrönt sind und damit die Sorge wegen der bevorstehenden Betriebsstilllegungen der Vergessenheit angeschlossen kann.

Auch an dieser Stelle soll nochmals darauf hingewiesen werden, daß schon längst große Arbeitslosigkeit in der Zigarettenindustrie eingerissen wäre, wenn nicht die Verbandsleitungen beigeiten durch vorzuziehende Bestimmungen im Reichsstatut dieses Glend augenblicklich verstanden hätten. Die ständige Kontrolle, daß über der Herabsetzungsgrenze der wöchentlichen Arbeitszeit keine Entlassungen beabsichtigt werden können und die Fabrikanten bei vorzeitiger Aufarbeitung der zugeführten Tabakmengen bis zum Verarbeitungsstermin die Arbeitslöhne bezahlen müssen, sowie die zeitweiligen Beratungen mit den Unternehmervertretungen sind für die betreffende Arbeitererschaft von unberechenbarem Vorteil gewesen.

Hierdurch sind Tausende vor gänzlicher Arbeitslosigkeit geschützt worden.

Der Mangel an Fabrikaten und die andere große Not der Zeit hatten ungeheure Diebstähle auch in dieser Industrie im Gefolge. Um diese möglichst zu verhüten und die Strauchelnden vor Gefährnis und An-den-Franzer-stellen zu bewahren fanden mehrmals, zuletzt am 11. September, Verhandlungen zwischen Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer aus ganz Deutschland statt. Auch unser Verband war wieder mitbeteiligt. Außer diesem schwer zu behandelnden fanden noch einige wichtige Tagesordnungspunkte zur Aussprache. Vor allem drängte auch wieder die Frage: „Wie vermeiden wir eine umfangreiche Stilllegung der Betriebe nach dem 1. Oktober?“ Rüste die erregten Ratung nicht allseitige Verbringung aus, so konnte von Eingeweihten bei letztgenanntem Punkte die erfreuliche Auskunft entgegengenommen werden, daß es vielleicht möglich sei, an dem drohenden Abgrund vorbeizuklettern. Uns wurde versichert, daß mit aller Bestimmtheit auf eine baldige Versorgung mit Tabak gerechnet würde. Da bis Ende September Tabak zugeteilt sei, könnten also Entlassungen vermieden werden. Wenn überhaupt eine tabaklose Zeit eintritt, so soll diese nur einige höchstens 10 Tage dauern können (d. h. wenn keine Transport- oder andere Störungen eintreten). Für diesen Fall aber erhielten wir zum Schluß von den Unternehmern das Zusicherndes, daß diese Wartezeit, sogar bis zu 14 Tagen, in der seitigeren Verdiensthöhe entschädigt werden soll.

Wenn man die derzeitigen Hindernisse betrachtet und dazu bedenkt, daß schließlich leibereitig Elemente am Werke sind, die solche Arbeitsgemeinschaftserfolge zu hinkretieren suchen, dann wird man zustimmen müssen, wenn behauptet wird: Ohne kräftiges Eingreifen des Einkaufsausschusses könnte uns heute und vielleicht noch lange nicht die nahe Aussicht auf Tabakeinfuhr zugesichert werden. Erwähnen wollen wir noch, daß die „Zitag“ auch die Regierung ersuchte, ein Verbot der Streckungsmittel zu erlassen. Unternehmervertreter haben öffentlich reichhaltig erklärt, daß solche Erfolge zum großen Teil den Vertretern der Arbeitererschaft zu verdanken wären.

Angefaßt der Tatsache, daß heute auch Hunderttausende, die erst im Kriegsdienst aus Nichtrauchern zu wahren Stäbchenqualmern geworden sind und des Umstandes, daß außer diesen unzählige Massen sich wieder nach dem Genuß nicht zu teuer und unverfälschter Ware sehnen, kann ein baldiges Aufblühen der Zigarettenindustrie erhofft werden. Wenn aber die Raucher eine Hebung der Warenknappheit begreifen werden, so darf wohl auch gehofft werden, daß der größte Teil jener Gesinnung und Schönheitsstimm in sich aufgenommen haben wird, um sich nicht mit einer ordinären Verpackung dieses Genußmittels zu begnügen, sondern durch Auswählen schöner Verpackungsmodellen den Appetit und Genuß zu verbessern sucht. Dadurch wäre dann eine größere Gewähr zur baldigen Hebung der Kartonnagenbranche gegeben.

Bringen wir Auffklärung in dem Sinne, daß alle, die unendlich froh sind, wenn sie den bisherigen Kriegsertrag auf allen Gebieten weit von sich weisen können, es auch energisch ablehnen, Zigaretten zu kaufen, die in geschmackloser weicher oder kostschädigender Verpackung verkauft sind. Wenn überall so gehandelt würde, dann könnten diejenigen Herren Fabrikanten, die gegen unsere Kartonnagenbranche so rüchlos sind und sich durch Preisdruck oder Muraufträge vor Weich- oder gar Rohpackungen auf diesem Wege schablos halten wollen und nicht nach der Arbeitslosigkeit der „Zweitbehrenden“ fragen, sich aus solchen Verpackungen Strohhadfall- oder anderes nützliches Material schneiden lassen. Mögen solche niedrigen Schundhändler dann das Zusehen haben, wie andere schönere verpackte Ware glänzend abgeht und er seine etw. unter Preis noch nicht einmal los wird. Kollegen und Kolleginnen, wirkt auch in diesem Sinne zum Wohle unserer Branche.

Heinrich Lange-Dresden.

## Was lehrt uns der Verlauf unseres Verbandstages?

Unser Verbandstag ist vorüber, und wir haben uns zu fragen, inwiefern die Beschlüsse desselben unsern Verband zum Vorteil gereichen werden. Ganz allgemein ist die Auffassung vertreten, daß der Verbandstag ein unfruchtbarer gewesen ist und den Erwartungen, die man an ihn gestellt, nicht entsprochen hat. Will man aber die Bedeutung unseres Verbandstages richtig würdigen, dann muß man die Situation in Betracht ziehen, unter welcher er gelangt hat. Man darf ihn nicht vergleichen mit seinen Vorgängern. Der Verlauf unserer Verbandstage ist bisher immer rein geschäftsmäßig ge-

wesen, müchtern und ruhig sind bei den Beschlüssen die Vor- und Nachteile erwogen worden. Das war nun diesmal allerdings ganz anders. Die Ereignisse sind auch an unsere Kollegenchaft nicht spurlos vorbeigegangen. Die Revolution hat auch bei uns neue Massen aufgerüttelt, ohne daß ihnen die gewerkschaftliche Erkenntnis und Schulung über Nacht gekommen ist. Der Mangel an Brot schafft nicht nur hungrige Menschen, auch der Sitz des menschlichen Geistes, das Gehirn, ist abhängig von der Ernährung. Man sollte darum nicht so zeteren, wenn die Arbeitererschaft nervös und aufgeregter ist und sich dieses natürlich in hitigen Wortgefechten zeigt. Die vornehmste Aufgabe der Volkregierung muß sein, dem Volk die Ernährung zu verbessern.

Jahrzehntelang hat die organisierte Arbeitererschaft um ihre Ideale gekämpft, Familienleben sind zerstört worden, die Väter ausgewiesen und oftmals für ihre Ueberzeugung ins Gefängnis und sogar ins Zuchthaus gesteckt worden und nun, wo man glaubt, daß die Schranken gefallen sind, da muß Maßhalten und Geduld dem Volke gepredigt werden. Den Massen fehlt der Scharbild, sie können nicht begreifen, wie schwer und fast unmöglich es ist, innerhalb siegreicher kapitalistischer Staaten eine neue Gesellschaftsform aufzurichten. Sie bedenken nicht, daß diese ein großes Interesse haben, den Gang der Entwicklung aufzuhalten. Wohl hofft man auf die Weltrevolution und auch ich habe diesen Glauben noch nicht ganz verloren, aber die Ereignisse haben gezeigt, daß darauf nicht in absehbarer Zeit gerechnet werden kann.

Für uns heißt es, auf uns selbst zu verlassen. Können wir leider die Sozialisierung nicht in dem gewünschten schnellen Tempo vornehmen, dann sollten uns doch gerade die Debatten über das Rätesystem veranlassen, unsere ganzen Kräfte und unsere volle Energie einzusetzen, um das System der wirtschaftlichen Betriebsräte durchzuführen. Natürlich bedarf es dazu der Schulung und eines festen und eisernen Kerneifers. Das wirtschaftliche Rätesystem wird die Arbeitererschaft wieder zusammenführen. Es ist ganz natürlich, daß das Gesetz vielen Kollegen nicht weit genug geht, die Erfahrung hat aber gelehrt, daß es stets der größte Fehler war, sich abseits zu stellen. Nein, im Gegenteil, eine rege Anteilnahme der Arbeiter wird die Entwicklung vorwärtstreiben. Ob wir rechts oder links orientiert sind, vor alle sind daher am Rätesystem stark interessiert.

Zu beklagen ist der Abgang des Kollegen Kloth. Selbst der Führer der Opposition hat anerkannt, daß Kloth auf gewerkschaftlichem Gebiet seine volle Pflicht erfüllt hat und das müßte genügen. Gerade um den Dreißigstertag hat Kloth sich große Verdienste erworben und es ist keine Ehre, wenn ich behaupte, daß er gerade in Leipzig Hervorragendes geleistet hat. Aber wir wollen nicht an Personen haften, wir haben die Gewähr, daß sein Nachfolger den Verband zu weiteren Erfolgen und höherer Entwicklung führen wird. Zu beklagen ist die Zurücksetzung des Unterhaltungsamtes. Die Entwertung des Geldes bedeutet auch die Entwertung der Arbeitslosen- und Krankenunterstützung. Diese aber bedeutet mit Notwendigkeit eine erhöhte Gefahr des Lohndruckes und des Streikbruchs. Bei meiner fast 30jährigen Mitgliedschaft habe ich die Erfahrung gemacht, daß nach einer jeden Beitragserhöhung der Verband sich kräftig entwickelte.

Ich habe schon ausgeführt, daß unsere Zeit im Zeichen des Hungers steht. Wohl können wir mit Stolz erklären, daß wir die unsern Verband zugehörigen Gruppen in der Lebenshaltung auf ein höheres Niveau gehoben haben, aber noch ist in dieser Beziehung viel zu tun. Die Unterlassungssünden des Verbandstages müssen wieder ausgeglichen werden durch energische Maßnahmen des Verbandes in der Schaffung von Reichsstatuten. Die Meinungsverschiedenheiten einer nervösen Zeit, denen ich, solange ich nicht vom Gegenteil überzeugt bin, den guten und ehrlichen Willen nicht absprechen will, werden mildere Formen annehmen, wenn eine energische und durchgreifende Tarifreform im Gange ist. Die Reichsstatute müssen in möglichst geringer Zahl geschaffen werden, desto leichter ist die Durchführung und Ueberwachung derselben. Und je weiter wir auf diesem Wege schreiten, desto näher kommt mit Notwendigkeit unser Ziel, der Graphische Industrie-Verband. Der letzte Gattag der Lithographen und Steindruckers für Gau Frankfurt a. M. hat sich für einen graphischen Bund erklärt. Wenn man einmal der Graphische Verband nicht gleich im Rahmen eines Zentralverbandes zu schaffen ist, dann könnte man gut die Form des Föderativverbandes wählen. Von besonderer Bedeutung aber wäre eine sofortige Beschmelzung mit dem Hilfsarbeiterverband. Man kann kaum zwischen beiden Verufen eine Grenze ziehen. Auch diese gehören zur Papierindustrie, und zwar im engeren Sinne des Wortes.

Wenn wir die erfreuliche Entwicklung unseres Verbandes verfolgen, dann finden wir, daß große Massen unserer Berufsangehörigen im Verband der Buchbinderarbeiter organisiert sind. Nun ist dieser Vorgang zwar an sich nicht so schlimm. Es ist immer besser, daß diese Kollegenchaft in einer Gewerkschaft eine Vertretung erhalten hat. Ich will nur feststellen, daß es besser gewesen wäre, wenn dieselben gleich in die zugehörige Organisation gegangen wären.

Einige Worte möchte ich noch der Unterstützungsfrage widmen. Es ist ein alter Lebenshüter, daß die Unterstützungen zur Verpumpung der Gewerkschaften führen. Die Unterstützungen erhöhen den Geist der Nächstenliebe und der Solidarität. Einer für alle und alle für einen. Es gibt aber auch noch eine höhere Warte, von der man diese Unterstützungen betrachten kann. Wenn wir den Verbedang der Sozialversicherung betrachten, dann kann man ohne Schwierigkeiten finden, daß sie den Unterstützungsbedürfnissen der Gewerkschaften entspringen ist. Wie unsere Buchbinder-Krankenkasse ein Kind unseres Verbandes, so sind alle gewerblichen Hilfskassen hervorgegangen aus den Gewerkschaften. Sie sind aber die eigentlichen Mütter der Ortskrankenkassen. Wenn wir ehrlich als Sozialisten die Sozialversicherung erstreben, und der Gewerkschaftskongress hat uns ja unsere Willen gefährt, dann müssen wir erkennen, daß eine Zeit kommen muß, wo die Lohnkämpfe aufhören werden. Dann werden die Gewerkschaften Verwaltungsförperschaften der kommenden Gesellschaft werden. Das wichtigste Gebiet, das neben der friedlichen Lohnregulierung diesen Verwaltungsförperschaften zukommt, wird das der Sozialgesetzgebung sein. Es ist durchaus möglich und durchführbar, wenn an Stelle von bürokratischen Versicherungsämtern der Allgemeinen Deutsche Gewerkschaftsbund und seine örtlichen Organe, die Ortsausschüsse, die Träger der Kranken-, Invaliden-, Unfall-, Witwen- und Waisen- und Arbeitslosenunterstützung sind. Dazu aber ist es notwendig, daß unsere Gewerkschaften obligatorisch eingeführt werden. Die Freiwilligkeit hat überall versagt, die alte Gefinnungsträgheit und der alte konservative Geist sind zu große Hindernisse. Eine Zeit abnehmender Not hat wohl stets der Reaktion genützt. Soll die Gewerkschaft den hohen Anforderungen der Zukunft genügen, dann muß die Organisation ein Zwang werden.

Wir müssen uns daran gewöhnen, auch neue Bahnen zu wandeln. Das Bessere ist des Guten Feind. Die Zeit geht mit Riesenschritten. Die Entwicklung darf nicht als etwas Unabänderliches aufpassen. Wohl folgt die Entwicklung Naturgesetzen, aber es liegt in der Macht des Menschen, die Entwicklung zu fördern, sie in ruhige und geregelte Bahnen zu lenken. Wir alle müssen in die Speichen greifen, um unser Ziel zu erreichen. Vorwärts an die Arbeit! Ernst G. G. Offenbach a. M.

**Nochmals: Ist das der neue Weg?**

Wenn auf dem Verbandstage viel über unnütze Streiks (z. B. den Berliner Kartondarbeiterstreik) geredet wurde, dann deshalb, weil das, was durch den Streik erreicht wurde, viel billiger zu haben gewesen wäre. Wir wollen den Streik nicht anwenden, um zu streiken, sondern als letztes Kampfmittel, wenn alle anderen Mittel versagt haben. Auf dem Verbandstage ist aber festgestellt worden, daß man die Hilfe der Schlichtungsstellen erst dann in Anspruch nahm, nachdem der Streik ausgebrochen und dadurch nicht nur der Verbandskasse, sondern auch den Kartonnagern ein Schaden durch den Lohnausfall entstand, der sich wohl hätte vermeiden lassen. Und der Erfolg war denn auch kein befriedigender. Diese Fehler versucht Kollege Schufnecht zu vermeiden durch einen Angriff auf meine vom Verbandsvorstand gebilligte, im Anschluß an den Verbandstag unternommene Agitationsreise. Nicht vom hohen Norden kam ich, sondern weil ich einmal in Süddeutschland war, habe ich den Auftrag angenommen.

Einem Wünsche der Erlanger Zählstelle folgend hatte ich dort einen Vortrag übernommen. Im letzten Augenblick erst hat man mich, einen Ueberblick über den Verbandstag zu geben. Obwohl ich der Abfassung des Berichts aus Erlangen in Nr. 38 der Buchbinder-Zeitung fernstehe und auch die angenommene Resolution vor der Veröffentlichung im Wortlaut nicht gekannt habe, so kann ich mir die Sorge unserer Provinzkollegenchaft um die Erhaltung unseres Verbandes als Kampfmittel zur Lösung ihrer wirtschaftlichen Lage und der Befreiung vom kapitalistischen Joch wohl erklären. Aber auch um so mehr erklären, nachdem nun einmal die Arbeiter die Bereitschaft ihrer alten komplexen Partei haben über sich ergehen lassen müssen und nun sehen, daß durch die vielen sozialistischen Parteien die Einheit der Bewegung

gestört und ihre Kampffähigkeit gehemmt ist. Es ist mir nicht eingefallen, den politischen Meinungsstreit in unseren Verband einzutragen und es wird dem Kollegen Schufnecht auch nicht gelingen, einen Beweis seiner Behauptung zu erbringen. Aber nachdem durch die Opposition auf dem Verbandstage der politische Meinungsstreit entzweit wurde, darf es uns kein Mensch verargen, in der Besprechung über unseren Verbandstag das zu sagen, was notwendig ist.

Ja, gegen die Zersplitterung der Organisation werden wir kämpfen, so sehr wir unter der alten Regierung, unter der Fuchel des Staatsanwalts und der Polizei für die Organisation gekämpft haben und dabei jahrelang wieder Sitzungsgelder noch sonstige Entschädigungen erhalten haben und alle die Entbehrungen eines für die Interessen seiner Mitarbeiter und -arbeiterinnen eintretenden Proletariats haben erdulden müssen. So werden wir heute dagegen kämpfen, daß, nachdem unser Verband so erstarbt ist, daß er mehr denn je die Interessen der Kollegenchaft wahren kann, er durch Hineintragen der Politik zerfällt wird.

Ferner unterstellt mir Kollege Schufnecht etwas, was ich nicht gesagt habe. Ich soll befreit aufgebracht haben, als die Garden Lettow-Vorbeds in Hamburg einmarschiert seien? Ich habe darauf hingewiesen, daß die Verjagung mit Lebensmitteln für das übrige Reich außerordentlich bedroht gewesen wäre, wenn die Besetzung Hamburgs durch die Reichswehrtruppen nicht erfolgt wäre. Wir in Hamburg haben die Folgen der Blindierungen zwei Wochen lang am eigenen Leibe zu spüren bekommen. Kollege Schufnecht wirft mir vor, ich eröffne den politischen Meinungsstreit. Nein, gerade der Artikel des Kollegen Schufnecht: „Ist das der neue Weg?“, ist geeignet, die Klust zu vergrößern, denn in diesem Artikel ist alles hineingeklebt, um Gegenätze hervorbringen, wobei noch von einem besonderen Recht der Opposition gesprochen wird. Auch wir sind mit dem Kollegen Schufnecht der Meinung, daß der Verbandsvorstand darüber wachen soll, daß die Gelder des Verbandes nicht zu parteipolitischen Agitationszwecken verwanzt werden und dadurch die Klust im Verbande vergrößert wird. Würde eine solche Agitation aus einem ganz kurzen Bericht über den Verbandstag herauszuleiten, das blieb dem Kollegen Schufnecht überlassen.

Kollege Schufnecht spricht wiederholt von der Opposition, Opposition, die den ehrlichen Willen hat, Bestehendes zu bessern, die uns Wege zeigen will, die Organisation kraftvoller zu gestalten und die Kollegenchaft auf eine höhere Stufe zu stellen, ist ohne weiteres gesund, ja notwendig. Aber eine Opposition, die von vornherein den Keim der Zersplitterung in sich birgt, kann nie Vertrauen erwecken. Wie war es denn auf dem Verbandstage, wurden da nicht schon am Tage vor dem Verbandstage die zureisenden Provinzdelegierten beabsichtigt, um sie für die Opposition zu gewinnen? Wurde nicht die Opposition organisiert, nur um Opposition zu treiben? Noch auf jedem Verbandstage ist Kritik, ist Opposition geübt worden, aber die Formen und die Art, wie sie geübt wurde, stand denn doch auf einem höheren Niveau als wie auf diesem Verbandstage. Die in der Vorbesprechung und am ersten Tage des Verbandstages geübte Unbildsamkeit führte dazu, daß die Delegierten aus der Provinz sich zusammenfanden, um nicht dem Terror zu erliegen. War denn das alles nötig? Könnten wir nicht wie in früheren Jahren durch gemeinsames Arbeiten, durch das Bemühen, sich gegenseitig zu verstehen, die uns gestellten Aufgaben lösen? „Uns trennt kein Ziel, uns trennen nur die Führer!“ So wird schon lange mit dem Schlagwort „Gewerkschaftsbundgen“ gearbeitet. Ja, die Führer, die, wie Kollege Roth, ein Menschenalter ihr Bestes für die Arbeiterentwicklung hergegeben haben, werden kurzerhand, trotz ihrer ganz besonderen Fähigkeiten, trotz ihrer hervorragenden Tätigkeit für die Gewerkschaftsbewegung einfach abgesetzt, weil — die Opposition es so will.

So kann es nicht weitergehen, das führt zur Selbstzerfleischung. Denn von einer Spaltung der Gewerkschaftsbewegung hat die Arbeiterchaft keinen Vorteil, sondern nur der Kapitalismus, der noch lange nicht überholt ist. Will Kollege Schufnecht die Interessen des arbeitenden Volkes wahren, dann wird er eben mit uns zusammen an der Einheit unserer Kollegenchaft, an der Kampffähigkeit unseres Verbandes arbeiten müssen. Soll der gute Glauben an den ehrlichen Willen der anderen Seite anerkannt werden, dann muß auch deren Betätigung darauf eingeklebt sein. Wir haben bisher mit allen Kollegen, die nicht immer unserer Meinung waren, im Interesse unseres Verbandes gut zusammenarbeiten können und wir haben die feste Ueberzeugung, daß es auch für die Zukunft der Fall sein wird, wenn der

ehrliche Wille dazu vorhanden ist. Ist dieser da, dann müßte es mit dem Teufel zugehen, wenn wir nicht vorwärts kommen sollten. Der Wille, alles für das Volk, erfordert aber, daß alle Bestrebungen, die auf Zerschlagung der Organisation hinarbeiten, bekämpft werden, dagegen alle Bestrebungen, die auf Ausbau unserer Organisation, auf Durchführung unserer Kollegenchaft zu höheren Zielen und besserer Lebenshaltung aller, in der Provinz wie in der Großstadt eine fruchtbare Mitarbeit finden werden. Wir sind bereit, hierzu unseren Mann zu stellen bis zum endgültigen Sieg des Proletariats vom Joch des Kapitalismus. Friedrich Küster, Hamburg.

Kolleg: A. Schufnecht, Berlin, folgert aus der Entschiedenheit der Zählstelle Erlangen betreffs der praktischen Arbeiten des Verbandstages, daß eine Agitation gegen die Opposition in der Provinz eingeleitet werden soll und er nimmt sich mit besonderer Liebe des Kollegen Küster an. Zur Sache selbst: „Die Provinzkollegenchaft soll engere Fühlung suchen,“ heißt es in dem Bericht von Erlangen. Dieser eine Satz genügt dem Kollegen Schufnecht zu seiner Schlussfolgerung. Ist die Provinz nur dazu da, gute Fühlung abzugeben, um übrigen aber den Mund zu halten? Das kann doch auch Kollege Schufnecht wollen, es würde auch nicht nutzbringend für unsere Organisation sein: Was wir von den großen Zählstellen verlangen, ist, daß auch den kleineren in wichtigen Fragen mehr Rechnung getragen wird. Das „An-die-Wand-Drücken“ hört dann schon von selbst auf. Den Idealismus, den die Opposition für sich in Anspruch nimmt und den ich auch nicht bestreiten will, kann ich auch für die andere Seite voll in Anspruch nehmen. Hätten wir keinen Idealismus, dann stünde es in der Provinz schlecht um unsere gute Sache. Nach Kollegen Schufnecht soll die enge Fühlungnahme bezwecken, bestimmend auf die kommende Wertschätzung einzuwirken. Da ist Schufnecht wirklich auf falscher Fährte. In dieser Hinsicht urteilen wir nach den Fähigkeiten des zu Wählenden, fragen daher nicht nach Parteirichtung. Weiter wirkt uns Kollege Schufnecht vor, daß nach anfänglicher Ruhe innerhalb des Verbandes der Meinungsstreit wieder verhärtet: Formen annehmen wird und macht uns im voraus für alle Konsequenzen verantwortlich. Mit Verlaub, Kollege Schufnecht! Studieren Sie einmal die Berichte der einzelnen Zählstellen durch, die sich mit dem Verbandstag befassen. Da werden Sie die Wahneinbildung menden, daß die übergroße Mehrzahl des Bestehens der Opposition tadelst. Uns daraus einen Strich zu ziehen, weil wir dies in etwas schärferer Form zum Ausdruck brachten, zeigt nicht von allzu großer Liebe gegenüber der Provinz.

Wenn Kollege Schufnecht zum Schluß ausruft: Provinzkollegenchaft, reicht uns die Hände zum gemeinsamen Handeln, so bin ich mit vollem Herzen damit einverstanden. Wir wollen aber nicht ohne, sondern mit den Führern, die ihr ganzes Leben lang ihr Bestes einsetzten für die Arbeiterchaft, zum Ziele kommen. Haben in Zukunft die großen Zählstellen mehr Verständnis für die berechtigten Wünsche der Provinzkollegenchaft, als wie es bis dato der Fall gewesen ist, und wird nicht gleich über denjenigen hergefallen, der sich einmal erlaubt, seine Stimme zu erheben, dann wird auch die Zeit nicht mehr fern sein, wo sich alle wieder zusammenfinden zur gemeinsamen Arbeit und zum Wohle der gesamten Arbeiterchaft. Das kann aber nur geschehen, wenn wir uns gegenseitig wieder verstehen lernen und in ruhiger, sachlicher Weise unsere Ansichten zum Besten geben.

Albrecht Drechsler, Erlangen.

**Streik in Berlin und Stettin.**

Am 17. September traten die in den chromolithographischen Anstalten und der photographischen Kunstdruckindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen in Berlin, nachdem die Arbeitgeber den in Nr. 37 der „Buchb.-Ztg.“ veröffentlichten Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses abgelehnt hatten, in den Zustand. Dieser Zustand wird von unserem Verband, dem Verband der Buch- und Steindruckereihilfsarbeiter, dem Fabrikarbeiterverband und dem Deutschen Transporthandwerkerverband geführt. Von unseren Mitgliedern sind 150 männliche und 1050 weibliche beteiligt. Eine Verhandlung vor dem Demobilmachungskommissar hat am 19. September stattgefunden, deren Ergebnis von einer am 22. September abgehaltenen Versammlung der Streikenden abgelehnt wurde.

In Stettin ist bei der Firma Degenner ein Streik ausgebrochen, an dem einige Hundert unserer Mitglieder beteiligt sind. Näherer Bericht folgt.

**Berichte.**

**Düsseldorf.** Die am 6. September stattgefundene außerordentliche Mitgliederversammlung beschäftigte sich unter anderem auch mit der Lohnfrage. Allgemein wurde zum Ausdruck gebracht, bei den Unternehmern vorstellig zu werden zwecks Gleichstellung der Löhne mit denen der Buchdrucker. Eine Kommission wurde beauftragt, die einzelnen Forderungen zu formulieren und den Unternehmern zu unterbreiten. Von dieser Kommission wurden folgende Forderungen aufgestellt: Für Gehilfen 16 Mk. Feuerzulage, ferner für verheiratete Kollegen 30 Mk., für ledige und Witwen 15 Mk. vierteljährliche Steuerbeiträge, zahlbar zu den vierteljährlichen Zahlterminen. Löhne für Arbeiterinnen im ersten Jahre 32 Mk., nach dem ersten Jahre 38 Mk., nach dem zweiten Jahre 44 Jahre, nach dem dritten Jahre 50 Mk. und bei längerer Berufstätigkeit 56 Mk. Bestimmend bei Aufstellung dieser Forderungen war, daß die Kommission diese Sätze nicht als Handelsobjekt betrachtet wissen wollte, sondern es das Neueste sei, was bei der Verhandlung herauskommen müßte.

Am 12. September fand eine weitere Versammlung statt, um den Bericht über die Verhandlungen entgegenzunehmen. Bei der am 10. September stattgefundenen Verhandlung stellten die Unternehmer gleich zu Beginn derselben die Frage, wie es mit der Teilnahme der beiden anderen Organisationen sei. Es wurde ihnen erwidert, daß bei den Verhandlungen im Januar und April beide Organisationen nicht teilgenommen hätten und wurde auch diesmal demgemäß verfahren. Ein Vertreter der Dirsch-Dunderschen Gewerkschaft war anwesend. Von den Pringalsvertretern waren 8 Herren erschienen und konnte man daraus schließen, daß etwas Besonderes zu erwarten sei, worin wir uns nicht geäußert hatten. Denn außer der Frage über die Teilnahme der beiden Organisationen war es die Frage über unsere Stellungnahme zur Affordarbeit, die angeschnitten wurde. Diese Frage wurde zunächst im allgemeinen dahin beantwortet, daß es die Kollegen ablehnen, Affordarbeit zu leisten. Im Verlaufe der Verhandlung wurde bemerkt, daß die Affordarbeit nur dann in Frage kommen könne, wenn das Leipziger System zur Einführung gelange. Besonders wurde auf den Lohnunterschied zwischen Buchdruckern und Buchbindern hingewiesen. Die Wirkung der Bekanntheit unserer Forderung war sehr merklich und erklärten die Unternehmer, unter keinen Umständen diese Forderungen bewilligen zu können. Auch sei auf dieser Grundlage ein Verhandeln unmöglich, da es den Ruin des Gewerbes bedeute. Ferner wiesen sie auf die niedrigen Abschlässe in den Nachbarstädten hin, auch sei die Konkurrenzfähigkeit in Frage gestellt. Selbstverständlich wurde auch das altbekannte Argument über den Rückgang der Leistungen herangezogen. Nach langem Hin und Her zogen es die Unternehmer vor, zu einer Sonderberatung zusammenzutreten. Diese brachte folgendes Angebot: Für Gehilfen an Maschinen 12 Mk. Feuerzulage, für die übrigen 9 Mk. Feuerzulage, für Mädchen von 16—17 Jahren 30 Mk. Lohn, im Alter von 18, 19 und 20 Jahren 40 Mk., im Alter von 21 und 22 Jahren 45 Mk., im Alter von 23 Jahren und älter 50 Mk. Für nicht dauernd an der Maschine beschäftigte 10 Proz. Abzug. Diese Sätze könnten sie nur bewilligen, wenn wir die Garantie übernehmen könnten, daß unsere Kollegen wieder in Afford arbeiten würden. Dieses Angebot mußten wir als für uns vollständig ungenügend bezeichnen. Nach einer weiteren Sonderberatung ließen die Unternehmer die Forderung nach Affordarbeit fallen und boten 12 Mk. Zulage für alle Gehilfen. Ein Versuch, den Grundlohn zu erhöhen, scheiterte. Die Forderung einer Steuerbeiträge wurde aus prinzipiellen Gründen und als zu weitgehend abgelehnt. Bei Festsetzung der Löhne für die Arbeiterinnen bestanden wir ganz entschieden auf Beibehaltung der Staffellage nach Berufsjahren, da bei dem Angebot der Unternehmer eine Verschlechterung der Löhne eintreten würde und wurden demgemäß folgende Sätze festgelegt: Für Arbeiterinnen von 14 Jahren 20 Mk., von 15 Jahren 25 Mk. (bisher nach Ueber-einkunft). Soweit diese an Maschinen verwendet werden 5 Mk. mehr. Für Arbeiterinnen über 15 Jahre nach einjähriger Tätigkeit 32 Mk. bisher 29 Mk., nach zweijähriger Tätigkeit 38 Mk., bisher 32 Mk., nach dreijähriger Tätigkeit 44 Mk., bisher 37 Mk., und nach längerer Tätigkeit 50 Mk., bisher 42 Mk. Auch hierbei mußten wir auf die Staffellage von 50 Mk. verzichten, da sie mit Rücksicht auf die Buchdruckerhilfsarbeiterinnen uns keine weiteren Zugeständnisse machen könnten. Dieses Angebot wurde mit großer Mehrheit angenommen und treten die neuen Sätze am 1. Oktober in Kraft.

Zum Schluß wurde noch zur Sprache gebracht, daß es immer noch Firmen gibt, welche es nicht für notwendig halten, die im Jahre 1917 festgelegten

Grundlöhne zu zahlen. So die Firmen Dieb, Lintz und Schultes. Es wird nunmehr Sache des Tarifschiedsgerichts sein, den dort beschäftigten Kollegen zu ihrem Rechte zu verhelfen. An den Kollegen und Kolleginnen aber liegt es, dafür zu sorgen, daß für die Folge solche Mißstände nicht mehr eintreten, indem sie dem Vorstände voll und ganz zur Seite stehen und alle tarifwidrigen Verhältnisse in den Betrieben demselben unterbreiten, damit für Abhilfe gesorgt werden kann. Mit der Aufforderung an alle Kollegen und Kolleginnen, sich mehr als bisher am Verbandsleben zu beteiligen und die Versammlungen vollständig und pünktlich zu besuchen, wurde dieselbe geschlossen.

**Hamburg-Altona.** Aus dem Geschäfts- und Kasienbericht ergibt sich, daß das zweite Quartal ein sehr anregendes war sowohl hinsichtlich des Abschlusses als auch der Erfolge an Lohnaufbesserungen für unsere Mitglieder. Unsere gegenwärtige Lohnbewegung befindet sich im Stadium der Verhandlungen, die hauptsächlich ein für beide Teile vorteilhaftes Ergebnis zeitigen werden. In der Generalversammlung vom 18. September wurde zum Teil heftige Kritik an der Mediation unserer ursprünglichen weit höheren Forderung auf 20 Mk. geübt, und diese als völlig unzureichend bezeichnet. Unter keinen Umständen aber dürfe nach unter diesen Satz heruntergegangen werden. Der geschäftliche Zusammenhang mit den Buchdruckern verpflichte uns keineswegs, daß wir uns mit unseren Forderungen nach den Buchdruckern richten, denn diese richteten sich auch nicht nach uns. Bei dieser Gelegenheit wurde von mehreren Seiten betont, daß wir uns überhaupt nicht mehr unserer Würde bewußt werden und uns nicht immer als Hausnechte der Buchdrucker behandeln lassen sollten, wie das leider noch vielfach vorkomme. Der wichtigste Teil der Versammlung plädierte für Gleichstellung mit den Gehilfen bei der diesmaligen Zulage, was von den Kollegen unterstützt wurde. Weiter forderte die Versammlung, daß die Zulage schon ab 1. September in Kraft treten soll und eine dementsprechende Nachzahlung erfolge. Im weiteren Verlauf der Versammlung wurde beschlossen, daß unsere männlichen Mitglieder nur der fünften Beitragsklasse angehören dürfen.

**Seilbronn.** Eine am 5. September tagende außerordentliche Mitgliederversammlung beschäftigte sich mit der Entgegennahme des neuen Ortsstatuts über die Lohnsätze und sonstigen Arbeitsbedingungen der Buchbinder und Hilfsarbeiter. Mit sämtlichen sich am diesigen Platte befindenden Firmen wurden folgende Lohnsätze, die vom 15. August 1919 an in Kraft treten, vereinbart.

**1. Lohnsätze**

für männliche Hilfsarbeiter:		für weibliche Arbeiter:	
mit 14 Jahren...	0,50 Mk.	mit 14 Jahren...	0,45 Mk.
" 15 "	0,60 "	" 15 "	0,50 "
" 16 "	0,75 "	" 16 "	0,60 "
" 17 "	0,90 "	" 17 "	0,65 "
" 18 "	1,05 "	" 18 "	0,73 "
" 19 "	1,20 "	" 19 "	0,80 "
" 20 "	1,35 "	" 20 "	0,85 "
" 21 "	1,50 "	" 21 "	0,90 "
" 22 "	und	" 22 "	und
darüber	1,60 "	darüber	0,95 "

darüber und bei mindestens 2 Jahren Tätigkeit im gleichen Betriebe 1.—Mk. pro Woche mehr.

**2. Lohnsätze für Buchbinder und Linierer**

im 1. Gehilfenjahr	1,45 Mk.	—	59,60 Mk. Wochenlohn
2.	1,55	—	74,40
3.	1,65	—	79,20
4.	1,75	—	84,—
5.	1,80	—	86,40

Die Löhne sind Minimallohne.

Wohl geht das Ertrungene manchem Kollegen nicht weit genug und man hört hier und da Stimmen der Opposition. Die Mehrzahl der Kollegen gab sich jedoch mit dem Erfolg zufrieden, zumal der Tarif gleichzeitig mit sämtlichen Buchdruckereien abgeschlossen wurde, was an sich schon ein bedeutender Fortschritt gegen früher ist. Auch gibt der Verkaufstermin am 31. Dezember 1919 Gelegenheit, vorhandene Mängel zu beseitigen und den Tarif so auszugestalten, daß er allen Ansprüchen der Buchbinderarbeiter genügt. Voraussetzung für das Zustandekommen eines in allen Teilen befriedigenden Lohntarifes ist jedoch, daß die neuengewonnenen Kollegen und Kolleginnen dem Verbands die Treue und vor allen Dingen die Einheit bewahren, die allein imstande ist, alle Widerstände zu überwinden, die sich in dieser schweren Uebergangszeit uns noch entgegenstellen werden. Die Buchbinderarbeiterschaft in Seilbronn ist angewacht. Sorge jeder Kollege und jede Kollegin für weitere Fortschritte und

für Aufklärung aller neuengewonnenen Mitglieder, dann mag kommen, was will.

**Ludwigshafen a. Rh.** Auf Anregung der Zahlstelle Grünstadt veranstalteten die Kollegen der Orte Neustadt, Kaiserslautern, Kirchheimbolsanden und Ludwigshafen einen gemeinsamen Ausflug nach Grünstadt. Der Zweck des Ausfluges war ein doppelter. Erstens sollte sich das gesellige Leben der Pfälzer Kollegen und Kolleginnen etwas heben, und zweitens sollte die gemeinsame Zusammenkunft auch von agitatorischem Nutzen sein. Wie dürfen wohl sagen, daß beides gelungen ist. Nach Eintreffen der Kollegen aus den verschiedenen Orten wurde ein Ausflug ins Leininger Tal gemacht. Nachmittags fand dann in Grünstadt eine Versammlung statt, in der die Vertreter der einzelnen Orte Bericht über den Stand der Organisation sowie über die tarifliche Verhältnisse erstatteten. Ziffer-Ludwigshafen berichtete, daß alles organisiert und die Lohn- und Arbeitsbedingungen tariflich geregelt seien. Durch die Befragung der Pfalz wurden wir von unserer Zahlstelle Mannheim getrennt. Durch diese Absperrung wurde die Erledigung der Verbandsangelegenheiten in Ludwigshafen sehr erschwert, da uns das Material des Verbandsvorstandes nicht zuging. Dieser Zustand muß eine Minderung erfahren. Klump-Grünstadt und Christ-Kirchheimbolsanden konnten berichten, daß nach Gründung ihrer Zahlstelle, die unter Mithilfe des Kollegen Ziffer erfolgt, die Lohn- und Arbeitsbedingungen sich gebessert hätten. Am Orte sei alles organisiert. Gengge-Kaiserslautern teilte mit, daß circa 15 Kollegen dem Verbands wieder angeschlossen seien. Die Lohnverhältnisse, speziell in den Druckereien, sind schlecht. Wurden doch zwei Kollegen in der „Demokratischen Volkszeitung“ nach Einreichung des Tarifs durch den Gewerkschaft entlassen. Hoffmann-Neustadt berichtet, daß derselbst 20 bis 25 Verbandsmitglieder vorhanden seien. In den Druckereien seien die Löhne tariflich geregelt, dagegen würden in der Seingebirgsfabrik von Thims u. Opwald noch Löhne von 66 Mk. bis herunter auf 20 Mk. gezahlt, wobei noch einige Kollegen in Holz arbeiten. Notwendig sei, da nunmehr ein fester Stamm von Kollegen vorhanden ist, daß Neustadt eine eigene Zahlstelle erhalte.

Hierauf referierte Ziffer über den Verlauf des Verbandstages, den Entwurf eines Reichstatuts in den Buchdruckereien, Buchdruckereien und der Geschäftsbüchereifabrik. Redner gestellte scharf das Vorhaben der Opposition. Der Verbandstag sei dadurch zum Nimmplatz politischer Auseinandersetzungen geworden. Dem Vorwingskollegen rufe er aber zu, sich mehr als bisher um das Verbandsleben zu kümmern. Der Einsicht der Führer der Opposition traue er jedoch zu, daß sie dem Verband nicht in ähnlichen Situationen bringe wie 1908, denn an der Tarifpolitik müsse der Verband nach wie vor festhalten. Dem Entwurf des Reichstatuts könne man im großen ganzen zustimmen. Redner erläuterte die einzelnen Bestimmungen. Bis zum endgültigen Abschluß des Tarifs müsse aber in der Pfalz für die Organisation noch tüchtig gearbeitet werden. Bewußtlich sei, daß in einem Orte, in dem sich eine Geschäftsbüchereifabrik befindet, die Kollegen leider nicht den Mut hätten, sich der Organisation anzuschließen. Der Referent ermunterte die Anwesenden, fest und treu zum Verband zu stehen und mitzuhalten, damit es auch in der Buchbinderbranche vorwärts gehe. Reicher Beifall lohnte die trefflichen Ausführungen.

In der kurzen Diskussion stellte Gengge-Kaiserslautern den Antrag, daß für das besetzte Gebiet baldmöglichst ein Verbandsbeamer angestellt werde. Dem Antrag wurde zugestimmt. Gewünscht wurde, derartige Zusammenkünfte öfters zu veranstalten.

**Reisheim.** In unserer letzten Mitgliederversammlung, die fast vollständig besucht war, haben wir uns eingehend mit dem vorliegenden Entwurf eines Reichstatutes in der Geschäftsbüchereifabrik beschäftigt. Als Delegierter zum Tarifausfluß wurde Groenhoff-Eberfeld vorgeschlagen. Da nun aber der Reichstatut voranschrittlich noch einige Zeit auf sich warten läßt, wurde beschlossen, weil die Teuerung noch immer im Steigen begriffen ist, noch mit einer Lohnaufbesserung an unseren Arbeiter heranzutreten. Da wir seit Bestehen des Verbandes hier am Orte schon manchen Erfolg unter anderen die Ferienfrage zur vollsten Zufriedenheit der Kollegenchaft zu verzeichnen haben, so sind auch diese Forderungen nach unserem Wunsch geregelt worden. Wir haben folgende Zulagen zu unseren am 1. April festgesetzten Löhnen bewilligt bekommen, und zwar: Für alle Kollegen über 25 Jahre pro Stunde 30 Pf., von 20—25 Jahren pro Stunde 25 Pf., von 18—20 Jahren pro Stunde 20 Pf., und bis 18 Jahren pro Stunde 10 Pf. Für alle Arbeiterinnen über 18 Jahre pro Stunde 15 Pf. und unter 18 Jahren pro Stunde 10 Pf. Affordarbeiterinnen müssen mindestens 15 Proz. über die Tagelohnsätze verdienen können.

### Rundschau.

× **Mein Lohnabzug für die Zeit des Unterrichtsbesuchs.** Der Metallarbeiterverband in Frankfurt verlangte von dem Verband der Elektrotechnischen Installationsfirmen, daß den Lehrlingen die in die Arbeitszeit fallenden Schulstunden bezahlt werden sollen. Die Unternehmer lehnten dies ab. Es wurde der Schlichtungsausschuß angerufen, welcher folgenden Schiedsspruch fällte:

„Ein Lohnabzug wegen Zeitverhältnis für nachweislich erfolgte Schul- und Fachunterrichtsstunden darf dem Lehrling bis zu 8 Stunden wöchentlich einschließlich Wegstunden nicht gemacht werden.“

Der Schlichtungsausschuß stellte sich grundsätzlich auf den Standpunkt, daß Schul- und Fachunterrichtsstunden genau so wie die Arbeitsstunden zur Ausbildung des Lehrlings gehören und folgedessen vom Lehrmeister bezahlt werden müssen. An den Eltern der Lehrlinge liegt es nun, bei neu abzuschließenden Lehrverträgen sich keine Klauseln in den Lehrvertrag setzen zu lassen, welche diesem Schiedsspruch widersprechen. Ebenso sollten die Eltern der jetzigen Lehrlinge obigen Schiedsspruch beachten und sich keineswegs gefallen lassen, daß ihren Kindern der Lohn für Schulstunden abgezogen wird.

× **Die Ständige Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt in Charlottenburg,** die bald nach Kriegsausbruch geschlossen werden mußte, weil ein großer Teil der aufgestellten Maschinen weggeholt wurde, soll nach einer Mitteilung des Reichsarbeitsministers möglichst bis zum 1. Januar wieder eröffnet werden. Es ist beabsichtigt, sie im Zukunft noch mehr als bisher für den Arbeiterschutznutzbar zu machen. Zu diesem Zweck soll in der Ausstellung eine Anstaltsstelle über Vorrichtungen zum Schutze des Lebens und der Gesundheit der Arbeiter und über Ar-

beiterfürsorgeeinrichtungen errichtet werden. Ferner ist in Aussicht genommen, in der Ausstellung betriebsmäßige Vorzüge darüber anzustellen, welche Schutzvorrichtungen sich für bestimmte Zwecke am besten eignen. Endlich wird erwoogen, in der Ausstellung Lehrgänge abzuhalten, um Gewerbeaufsichtsbeamte und besonders die ihnen zugewiesenen Hilfsbeamten aus dem Arbeiterstande vorzubilden. Um die Ausstellung wieder eröffnen und ihren erweiterten Zwecken nutzbar machen zu können, ist vor allen Dingen nötig, daß ihr bewährte Vorrichtungen, die zum Schutze der Arbeiter gegen Betriebsunfälle und gegen die ihnen aus ihrer gewerblichen Tätigkeit erwachsenen Gefahren für Leben und Gesundheit im weitesten Sinne dienen, angeführt werden. Die Vorrichtungen sollen, wenn es irgend geht, in betriebsmäßigem Zustande und in Verbindung mit den Maschinen und Betriebsanrichtungen, an denen sie angebracht werden sollen, ausgestellt werden, denn für ihre Beurteilung und Erprobung ist es von großem Werte, wenn sie im Gebrauch vorgeführt werden. Zu diesem Zweck erachtet der Reichsarbeitsminister die am weitesten Ausbau des Arbeiterschutzes beteiligten Kreise der Erfinder, Hersteller und Benutzer von bewährten Schutzvorrichtungen, die Ausstellung zu beehren.

### Die neuen Postgebühren

Am 1. Oktober treten die nachstehend angegebenen Post- und Telegraphengebühren in Kraft:

a) Briefe im Orts- und Nachbarortverkehr . . . . .	bis 20 Gramm	15 Pf.
b) Briefe im Fernverkehr . . . . .	„ 20 „	20 „
c) Postkarten im Fernverkehr . . . . .	„ 250 „	30 „
d) Postkarten im Fernverkehr . . . . .	„ 100 „	15 Pf.
e) Druckfachen bis 50 Gramm . . . . .	„ 250 „	20 „
f) Geschäftspapiere bis 250 Gramm . . . . .	„ 500 „	30 „
g) Warenproben . . . . .	„ 250 „	20 „
h) Mißsendungen . . . . .	„ 500 „	30 „
i) Mohrpostkarten . . . . .	„ 1000 „	40 „
k) Mohrpostbriefe . . . . .	„ 500 „	30 „
l) Postanweisungen bis 5 Mk. . . . .	„ 100 „	40 „
m) Wertbriefe, Franto wie für Einschreibbriefe, dazu Versicherungsgeld für je 1000 Mk. . . . .	„ 250 „	60 „
n) Pakete a) Kohzone (bis 75 Kilogramm) . . . . .	„ 500 „	80 „
bis 5 Kilogramm . . . . .	„ 1000 „	100 „
über 5 „ 10 „ . . . . .	„ 5 „	125 „
„ 10 „ 15 „ . . . . .	„ 10 „	250 „
„ 15 „ 20 „ . . . . .	„ 15 „	300 „
b) Fernzone bis 5 Kilogramm . . . . .	„ 15 „	400 „
über 5—10 „ . . . . .	„ 10—15 „	550 „
„ 10—15 „ . . . . .	„ 15—20 „	600 „

d) Postkarten im Fernverkehr . . . . .	15 Pf.
e) Druckfachen bis 50 Gramm . . . . .	20 „
„ 100 „ . . . . .	30 „
„ 250 „ . . . . .	40 „
„ 500 „ . . . . .	50 „
„ 1000 „ . . . . .	60 „
f) Geschäftspapiere bis 250 Gramm . . . . .	70 „
„ 500 „ . . . . .	80 „
„ 1000 „ . . . . .	90 „
g) Warenproben . . . . .	100 „
h) Mißsendungen . . . . .	110 „
i) Mohrpostkarten . . . . .	120 „
k) Mohrpostbriefe . . . . .	130 „
l) Postanweisungen bis 5 Mk. . . . .	140 „
„ 100 „ . . . . .	150 „
„ 250 „ . . . . .	160 „
„ 500 „ . . . . .	170 „
„ 1000 „ . . . . .	180 „
m) Wertbriefe, Franto wie für Einschreibbriefe, dazu Versicherungsgeld für je 1000 Mk. . . . .	190 „
n) Pakete a) Kohzone (bis 75 Kilogramm) . . . . .	200 „
bis 5 Kilogramm . . . . .	210 „
über 5 „ 10 „ . . . . .	220 „
„ 10 „ 15 „ . . . . .	230 „
„ 15 „ 20 „ . . . . .	240 „
b) Fernzone bis 5 Kilogramm . . . . .	250 „
über 5—10 „ . . . . .	260 „
„ 10—15 „ . . . . .	270 „
„ 15—20 „ . . . . .	280 „

Wir erlauben unsere Mitglieder, vor allem auch unsere Verwaltungen, beim Freimachen ihrer Postsendungen diese erhöhten Gebührensätze zu beachten, damit unser „Strasportokonto“ nicht zu sehr belastet wird.

**Zahlstelle Berlin.**  
Nachruf!  
Am 11. September starb unser Kollege **Nichard Eckstein.**  
Ehre seinem Andenken!  
Die Ortsverwaltung.

**Arbeitslosen-Zusatzklasse für Buchbinder und verwandte Berufe, Berlin.**  
Nachruf!  
Am 4. Juli verstarb nach längerem Krankenlager unser Kollege **Max Röder,**  
am 15. August verstarb unsere Kollegin **Minna Keilwagen.**  
Wir werden den Verstorbenen stets ein ehrendes Andenken bewahren.  
Der Vorstand.

**Zahlstelle Dresden.**  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unsere langjährigen und tätigen Mitglieder, der Buchbinder **Otto Schubert**  
am 23. August im Alter von 48 Jahren und der Buchbinder **Albert Böttcher**  
am 14. September im Alter von 42 Jahren verstorben sind.  
Wir werden den Verstorbenen ein ehrendes Andenken bewahren.  
Die Ortsverwaltung.

**Zahlstelle Annaberg-Buchholz-Schma.**  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Buchbinder **Louis Brand**  
aus Schma nach schwerem Leiden gestorben ist. Ehre seinem Andenken.  
Die Ortsverwaltung.



**WIRIL Klebstoffe**  
sind allen voran  
Glänzende Begutachtungen  
Lieferanten von Staats- u. Stadt.  
Behörden, Industriellen, Werken  
u. der Handelswelt.

**Chemisch-Technische Werke**  
**Willybald Richter**  
**Leipzig** Querstr. 4/6  
Tel. 3049, 11248 ★ Telegr. Adr. Wirilwerke

Zur Messe: Zeisighaus I, Obergeschoß Stand 74/76.

**Der Stücklohn-Tarif für die Eisenberger Etaisfabrikation**  
ist zum Preise von 1,30 Mk. einschl. Porto zu beziehen durch  
**Felix Klingenschmidt, Eisenberg S.-A., Schorf 18.**

Unsere Kollegen  
**Max Schleicher, Heinrich Baumann, Kollegin Emilie Köhler**  
herzliche Glückwünsche zur Wahlung.  
Zahlstelle Kirchheim-Teck.

**Buchbinder und Mustermacher**  
mit der Juglarten-Fabrikation vertraut  
zu sofortigem Antritt oder p. 1. Oktober  
genußt. Offerten mit Gehaltsangabe  
unter **J. N. 7918** an **Rudolf Mosse,**  
Berlin SW. 19.

**Berlin, Breite Str. 4**  
**Arbeitsraum**  
Vorderhaus, 4. Stockwerk, als Werkstätte für Buchbinder, sowie 2 große Klarscheuener sofort zu vermieten.

Wer die Adresse des Etuis-machers **Alfred Freydel** kennt, wird erucht, diese an **Hermann Schulze,** Leipzig-Volkmarndorf, LudwigsstraÙe 78 II, bei Uhlmann anzugeben.

Ihre aufstrebende Mitgliedschaft, Zahlstelle oder sonstigen Arbeiterverein ist Gelegenheit, eine gut zusammengestellte, alle Gebiete der Bewegung betreffende Bibliothek zu erwerben. Anfragen an **R. Hänfögen,** Witzl. 21971  
Unterweinsbach i. Thüringen.

Gesucht  
**Etuisstichler, Etuisarbeiter, Etuisarbeiterin**  
tüchtige Kraft, guter für Bestick- und Schmuckeins u. für Schmuckeins.  
**Carl Ludwig, Hamburg I, Kleine Bäckerstraße 20.**